

1 Friedensgutachten 2024: Gefahr atomarer Eskalation
8 Kolumbien: Kampf um Wasserressourcen
10 Dokument: Eine Neutralität für das 21. Jahrhundert
12 Letzte Bastion von Borneos Waldnomaden

16 Semipalatinsk: das atomare Erbe Kasachstans
20 Michail Schischkin: Die Möve in der Schlucht
25 Ukraine: Unterwegs mit einem Leichenkurier
28 Ende September: der Zukunftsgipfel der UNO

Das Friedensgutachten 2024: Aufrüstung eingrenzen

Welt ohne Kompass

Der weltweite Trend zur Aufrüstung setzt sich fort. Um Abrüstung und Rüstungskontrolle steht es schlecht, neue Militärtechnologien bringen zusätzliche Herausforderungen mit sich. Die Gefahr atomarer Eskalation besteht weiterhin und steigt. Doch trotz dieser düsteren Ausgangslage gibt es Handlungsoptionen. Sie bestehen darin, die Verstärkung militärischer Fähigkeiten sozial und ökologisch nachhaltig zu gestalten sowie die Rüstungskontrolle und die konventionelle Verteidigung weiterzuentwickeln. Dagegen ist eine stärkere atomare Abschreckung nicht erstrebenswert.

Steigende Militärausgaben und Ausbau der Rüstungsindustrie

Nicht zuletzt infolge des russischen Krieges gegen die Ukraine steigen in Europa und anderen Teilen der Welt die Rüstungsausgaben weiter deutlich an. 2023 stiegen sie in Russland real um 24 Prozent auf 5,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Für 2024 ist ein weiterer Anstieg der Militärausgaben um 29 Prozent auf 7,1 Prozent des BIP geplant. Ein solch drastischer Zuwachs ist bei den Nato-Staaten nicht zu verzeichnen, dennoch wachsen die Ausgaben deutlich. So betrug der Anstieg für die europäischen Mitgliedsstaaten der Nato im Jahr 2023 real 8,3 Prozent und lag bei elf der 28 europäischen Nato-Staaten über

2 Prozent des BIP. Für 2024 haben sieben weitere Staaten angekündigt, über die 2-Prozent-Grenze zu kommen.

Dadurch steigt auch der durchschnittliche Anteil aller europäischen Nato-Staaten erstmalig seit den frühen 1990er-Jahren auf über 2 Prozent. Je nach Vergleichsmethode betragen die finanziellen Aufwendungen damit das Zwei- bis Vierfache der russischen Ausgaben. In allen 28 europäischen Nato-Mitgliedsstaaten überstieg der Anteil der Ausgaben für Gerät an den gesamten Militärausgaben den in der Nato vereinbarten Wert von 20 Prozent. Aufgrund der zu erwartenden Folgekosten

für Betrieb und Modernisierung ist dies ein deutlicher Indikator für weiter steigende Militärausgaben.

Folgen hoher Militärausgaben

Der Trend der weltweiten Militärausgaben wird stark von Entwicklungen in den USA und China bestimmt: Ihr Anteil an den globalen Ausgaben beträgt in den USA 37 Prozent und in China 14 Prozent. China erhöhte seine Ausgaben inflationsbereinigt um etwa 4 Prozent, die USA um geschätzte 2,8 Prozent, wobei ein grosser Anteil daran die Militärhilfe für die Ukraine ausmacht. Weltweit, ohne Europa, lag der Anstieg der Militärausgaben mit etwa 3 Prozent zwischen diesen beiden Werten. Anfang 2024 ist schwer abschätzbar, ob der Krieg zwischen Israel und der Hamas die Aufrüstung in der Region des Nahen Ostens weiter antreiben wird. Schon länger geben in dieser Region die meisten Staaten einen sehr hohen Anteil ihres BIP für das Militär aus, darunter Saudi-Arabien mit über 7 Prozent und Katar nur knapp darunter.

Militärausgaben haben erhebliche Opportunitätskosten. Sie erhöhen die Konkurrenz um Staatsausgaben, etwa für Investitionen in die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen in besonders schwierigen Lagen. Dies erschwert



Fortsetzung Seite 2

auch die Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen, auf die sich die Staaten der Welt 2015 im Rahmen der Agenda 2030 geeinigt haben. Die bisherige Bilanz, die im September 2024 auf dem «Zukunftsgipfel» der UNO beraten werden soll, ist ernüchternd. Insgesamt waren nach Feststellung der UNO 2023 nur 15 Prozent der SDGs auf dem richtigen Weg. Nach Fortschritten in den 2010er-Jahren ist das Agenda-2030-Ziel der Beseitigung der absoluten Armut (tägliches Einkommen von weniger als 2,15 US-\$) von 700 Mio. Menschen nicht mehr realisierbar.

Europas atomare Karten

In der Debatte um die Aus- und Ausrüstung der Streitkräfte in Deutschland wird die atomare Abschreckung so intensiv diskutiert wie seit dem Kal-

ten Krieg nicht mehr. Dabei gehen die Schlussfolgerungen aus dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 weit auseinander. Die Bundesregierung betont, dass «glaubwürdige Abschreckung und Verteidigung notwendig sind, um die Sicherheit in Europa zu gewährleisten», und «die nukleare Abschreckung der Nato glaubhaft bleiben» müsse. Vor diesem Hintergrund fordern einige KommentatorInnen den Ausbau der Atomstreitkräfte der USA in Europa zur Abschreckung Russlands. Im Raum stehen eine aktive Rolle Polens in der atomaren Teilhabe, die atomare Bewaffnung US-amerikanischer seegestützter Marschflugkörper oder auch die erneute Stationierung von US-Atomwaffen im Vereinigten Königreich.

Angesichts der möglichen Wiederwahl Donald Trumps ist zudem eine Debatte über mögliche Alternativen zur erweiterten atomaren Abschreckung durch die USA entbrannt – von gemeinsamen europäischen Atomstreitkräften über den Ausbau des französischen Atompotenzials zu einer erweiterten Abschreckung für die Nato bis hin zur Entwicklung deutscher Atomwaffen. Davon ist keine Option eine tragfähige Lösung für ein sicheres und friedliches Europa. Vielmehr sind die vermeintlichen Alternativen oft widersprüchlich und unrealistisch und drohen, bestehende Dilemmata zu verschärfen. Deutschland sollte sich stattdessen im Nato-Verband auf die konventionelle Dimension der Abschreckung fokussieren.

Fragen zur atomaren Drohung

Was die Debatte über die US-amerikanischen Atomstreitkräfte in Europa mit jener über eine europäische atomare Abschreckung verbindet, ist die Befürchtung, innerhalb der Nato könnten Zonen ungleicher Sicherheit entstehen. Dies wäre demnach der Fall, wenn das in Europa stationierte US-amerikanische Atomarsenal zu klein, ineffektiv und verwundbar wäre, um Angriffe auf alle Mitgliedsstaaten gleichermaßen glaubwürdig abzuschrecken – oder gänzlich abgezogen würde. Sollten die USA diese Aufgabe nicht mehr übernehmen, bliebe die Supranationalisierung der französischen Atomstreitkräfte oder eine erweiterte Abschreckung durch Frankreich, vergleichbar mit den USA, die eine deutliche Aufrüstung beinhalten würde. Da nationale atomare Abschreckung nur das jeweilige nationale Territorium abdecken würde, entstünden erst recht

unterschiedliche Zonen der Sicherheit in Europa.

Forderungen nach einem Ausbau nicht-strategischer Atomwaffen gehen davon aus, dass die derzeitigen Streitkräfte nicht ausdifferenziert genug seien, um Russland von einem Angriff gegen Nato-Staaten abzuschrecken. Diese Analyse greift jedoch zu kurz. Zwar haben die Nato-Staaten unter dem Eindruck von Putins atomaren Drohungen die Ukraine anfangs noch recht zögerlich unterstützt. Letztlich haben Putins angedrohte «Konsequenzen, die Sie in Ihrer Geschichte noch nie gesehen haben», den Westen nicht von lebenswichtiger Unterstützung der Ukraine abgehalten.

Gleichzeitig ist zu berücksichtigen, dass Russlands Handlungsspielraum durch die atomare Abschreckung der Nato eingeschränkt ist. So schreckt Russland davor zurück, westliche Waffenlieferungen bereits vor der ukrainischen Grenze anzugreifen. Eine Erklärung ist, dass auch Putin eine direkte Ausweitung des Krieges auf die Nato wegen des Risikos atomarer Eskalation scheut. Sorgen, dass derzeitige Fähigkeiten nicht ausreichen, um Russland glaubhaft von einem Angriff gegen Nato-Mitgliedsstaaten abzuschrecken, stützen sich somit auf schwer überprüfbare theoretische Annahmen darüber, was Putin tatsächlich abschreckt, und entbehren einer empirischen Grundlage.

Unsicherheiten angesichts der US-Wahlen

In der Vergangenheit haben die USA neue nicht-strategische Atomwaffen eingeführt, um damit auszudrücken, dass sie ihre Verbündeten auch in einem auf Europa begrenzten Atomkrieg verteidigen würden. Die Einführung des W76-2-Sprengkopfs für seegestützte ballistische Raketen entstand etwa aus diesem Motiv. Fraglich bleibt jedoch, was ein solches Symbol wert ist, wenn ein US-Präsident

An diesem Kapitel des **Friedensgutachtens 2024** mitgewirkt haben die folgenden AutorInnen des Leibniz-Institutes für Friedens- und Konfliktforschung PRIF: Una Jakob, Thomas Reinhold, Niklas Schörnig und Liska Suckau. Sowie Michael Brzodka, Anja Dahlmann (Koordination), Christopher Fichtlscherer, Alexander Kelle, Lukas Mengelkamp und Tim Thies vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg IFSH. Es ist von der Redaktion um einige bundesrepublikanische Bezüge gekürzt und mit Untertiteln ergänzt worden. **Friedensgutachten 2024. Welt ohne Kompass.** Im Transcript-Verlag, Bielefeld 2024, 158 Seiten, Fr. 24.90.

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch, PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich, IBAN CH64 0900 0000 8003 5870 1

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt.

Mitarbeit: Luisa Guerrero-Castelblanco, José Daniel Pabón-Caicedo, Claudio Sieber, Annegret Krüger, Michail Schischkin, Nikita Sologub, Marionna Schlatter, Liliane Studer, Ruedi Tobler.

Korrektur: Liliane Studer.

Bilder: Seite 5: Denis Rodier; Seite 8: Claudio Sieber; Seite 9: Luisa Guerrero; Seiten 13/14: Claudio Sieber; Seite 17: CTBTO/IPPNW; Seite 20: Evgeniya Frolkova; Seite 21 und 23: Wikipedia; Seite 22: Mikhail Chemodanov; Seite 26: Maxim Shipenkov; Seite 27: Kichka; Seite 30: Privatarchiv Ragaz; Seite 32: Kaspar Thalmann.

Druck: Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: 2000 Ex., September 2024

Die **FRIEDENSZEITUNG** erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht auch an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492.

als Oberbefehlshaber selbst die Glaubwürdigkeit der Sicherheitsversprechen der Vereinigten Staaten unterminieren würde. Bereits die erste Amtszeit von Trump beförderte eine Debatte über Alternativen zur erweiterten atomaren Abschreckung durch die USA.

Die Errichtung eines Abschreckungsschirms für die Europäische Union dürfte der am wenigsten realistische Ansatz sein. Diese Idee würde die Supranationalisierung der Verteidigungspolitik erfordern und damit die Transformation der EU in einen Bundesstaat. Mit gemeinsamen Streitkräften wäre zwar das Problem der Zonen ungleicher Sicherheit innerhalb der EU gelöst. Jedoch sind eine solche Transformation der EU und die Übertragung der Kommandogewalt über Atomstreitkräfte an Brüssel auf absehbare Zeit unrealistisch.

Anstehende Entscheidungen in Frankreich und Deutschland

Andererseits könnte Frankreich die Vereinigten Staaten als atomare Schutzmacht ablösen. Auch hier bleibt eine Reihe drängender Fragen: Erstens ist nicht ersichtlich, dass Paris den Anspruch hat, europäische Schutzmacht zu sein. Zweitens könnte Frankreich sein derzeitiges Abschreckungspotenzial als unzureichend für diese Rolle ansehen. Ein signifikanter Ausbau des französischen Arsenals und etwaige Stationierungen in zentral- und ostmitteleuropäischen Nato-Staaten würden aber massive Investitionen erfordern. Frankreich dürfte im Gegenzug von Bündnispartnern finanzielle und politische Kompensationen einfordern und trotzdem allein über den Einsatz von Atomwaffen entscheiden wollen. Insbesondere für die östlichen Nato-Mitglieder ergäbe sich die Frage, ob sie sich eher auf französische als auf US-amerikanische Sicherheitsversprechen verlassen wollen. Frankreichs Politik gegenüber Russland hat in der Vergangenheit dort wiederholt Irritationen ausgelöst. Die Zweifel an der langfristigen Glaubwürdigkeit möglicher Sicherheitsversprechen werden auch durch die Befürchtung einer möglichen rechtspopulistischen Präsidentschaft in Frankreich genährt.

Eine deutsche Entscheidung, eigene Atomwaffen zu entwickeln, wäre hingegen nicht nur eine technische Herausforderung, sondern mit erheblichen rechtlichen und politischen Nachteilen verbunden. So hat Deutschland in zwei völkerrechtlichen Verträgen seinen

Verzicht auf Atomwaffen erklärt: im Zwei-Plus-Vier-Vertrag und im Atomsperrvertrag. Die Kündigung des Zwei-Plus-Vier-Vertrags würde auch Deutschlands völkerrechtliche Grundlage seiner vollständigen nationalen Souveränität infrage stellen. Mit Austritt aus dem Atomsperrvertrag würde sich Deutschland neben Nordkorea einreihen, das als bisher einziger Staat 2003 aus dem Vertrag austrat. Deutschland würde dem Nichtverbreitungsregime schaden und verlöre seine Glaubwürdigkeit bei der Schaffung und Einhaltung internationaler Normen.

Modelle konventioneller Verteidigung einbeziehen

Nicht zuletzt würde diese Variante das Problem von Zonen ungleicher Sicherheit nicht lösen, sondern verschärfen, da sie vor allem Angriffe auf deutsches Territorium abschrecken und die Solidarität in Nato und EU untergraben würde. Nato-Staaten, die wenig von Deutschland als Atommacht halten, dürften sich von Berlin auf seinem Weg zur Bombe abwenden, sodass es bis zum weit in der Zukunft liegenden Erreichen einer gesicherten Zweitschlagfähigkeit in einer prekären Lage wäre.

Wie gezeigt, sind alle diese Modelle unwahrscheinlich, widersprüchlich oder können Probleme sogar verschärfen. Auch ignorieren sie die konventionelle Dimension von Abschreckung und Verteidigung im Bündnis, obwohl Deutschland dazu noch am meisten beitragen kann. Hier wäre an Modelle konventioneller Verteidigung zu denken, die durch Dispersion (Verteilung) im Raum weniger anfällig für atomare Gefechtsfeldwaffen sind und weitestgehend selbstständig von den europäischen Bündnispartnern umgesetzt werden können. Dies wäre ein Beitrag zur Lastenteilung im Bündnis und würde die weitere politische und militärische Aufwertung von Atomwaffen vermeiden.

Optionen für die atomare Rüstungskontrolle

Unter den Bedingungen von Grossmachtrivalität werden Abschreckung und Verteidigung den Raum für die Rüstungskontrolle definieren. Das heisst, es wird auf absehbare Zeit nicht um Abrüstung gehen, sondern um die Stabilisierung von Rivalität. Eine effektive Rüstungskontrollpolitik muss diese Lage anerkennen und

Editorial

Atomwaffenverbot: Keine «unheilige» Allianz

Ende März hatte der Bundesrat entschieden, den UNO-Atomwaffenverbotsvertrag von 2021 vorläufig weiterhin nicht zu ratifizieren, weil er nicht im Interesse der Schweiz sei und die Bereitschaft wichtiger sicherheitspolitischer Partner (sprich der Nato) zur Kooperation mindern würde. Spätestens im Extremfall, falls sich die Schweiz mithilfe der Nato verteidigen wolle, sei der Beitritt zum Abkommen nicht mit allen denkbaren Kooperationsformen zu vereinbaren.

SVP-Bundesrat Guy Parmelin hat vor der Sommerpause diese Begründung bemerkenswert infrage gestellt. Gegenüber etlichen SVP-Aussenpolitikern, unter ihnen Nationalrat Franz Grüter, die sich zuvor für den Beitritt zum Vertrag ausgesprochen hatten, weil sie sich dadurch erhofften, eine Annäherung an die Nato sabotieren zu können, äusserte er, dass ein Beitritt zum Verbotsvertrag eine solche Annäherung nicht eindeutig verhindern würde. Worauf Grüter und seine Mannen zurückkrebten. «Für uns wäre das Ja zum Vertrag wirklich nur ein Mittel zum Zweck gewesen, um eine schädliche Annäherung an die Nato zu verhindern.» Wenn dies nicht gesichert sei, unterstütze die SVP das Verbot vorderhand nicht.

Der Genfer SP-Ständerat Carlo Sommaruga, Co-Präsident des Initiativkomitees für den Beitritt zum UNO-Atomwaffenverbotsvertrag, meinte dazu, er habe schon lange die Warnungen des Bundesrates, was die Kooperation mit der Nato angeht, für übertrieben gehalten. So habe Österreich den Atomwaffenverbotsvertrag bereits vor Jahren ratifiziert, und das Land kooperiere weiterhin mit der Nato.

Es gibt nun also (nicht gerade überraschend) doch keine «unheilige» Allianz in dieser Frage mit der SVP. Umso wichtiger ist, dass die Volksinitiative rasch zustandekommt. Wir haben dieser Ausgabe eine Unterschriftenkarte beigelegt und hoffen, dass sich viele Leserinnen und Leser an der Unterschriftensammlung aktiv beteiligen. Zum Thema liefern wir in dieser Ausgabe zwei Beiträge, das Titelthema zu den aktuellen Entwicklungen bei den Atomwaffen und den Hintergrundbericht zum verheerendsten Atomwaffentestgelände der Geschichte im kasachischen Semipalatinsk.

Peter Weishaupt

Fortsetzung Seite 4

proaktiv gestalten. Sie muss Abschreckung ergänzen und stabilisieren sowie teure Rüstungswettläufe einhegen.

Auf eine funktionierende Rüstungskontrollarchitektur kann sie dabei nicht mehr aufbauen. So hat Russland im Jahr 2023 den Vertrag zur Reduzierung strategischer Waffen und Trägersysteme (New START) ausgesetzt, den Rücktritt aus dem Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) vollzogen, die Ratifizierung des Atomwaffenteststopps (CTBT) widerrufen, mindestens implizit mit Atomwaffen gedroht und die Verlegung nicht-strategischer Atomwaffen nach Belarus angekündigt. Auch knüpft Moskau die Wiederaufnahme der Rüstungskontrolle mit den USA an einen Wandel der US-Russlandpolitik.

In den USA wiederum empfahl eine Kongresskommission zusätzliche atomare Fähigkeiten, um einem vorhergesagten Aufwuchs chinesischer Atomsprengköpfe von heute über 400 auf über 1000 Sprengköpfe im Jahr 2030 zu begegnen. Auf multilateraler Ebene endete das Vorbereitungstreffen der Überprüfungskonferenz des Atomsperrvertrages im August 2023 in Wien ohne gemeinsame Abschlusserklärung. Hinzu kommen ein gestiegenes Interesse an einer Stärkung der erweiterten Abschreckung

der USA unter US-Verbündeten sowie Sorgen vor einer atomaren Proliferation im Mittleren Osten und in Asien.

Militärische Eskalation reduzieren

Wegen dieser Gegebenheiten ist das erste Ziel der Rüstungskontrolle, das Risiko unbeabsichtigter militärischer Eskalationen zu mindern. Dies gilt für potenzielle Zusammenstöße zwischen der Nato und Russland im Ukrainekrieg ebenso wie für Zwischenfälle zwischen den USA und China oder anderen Atommächten. Dabei kann die Rüstungskontrolle auf Positivem aufbauen: Im März 2022 wurde ein Kommunikationskanal zwischen dem russischen und dem US-Verteidigungsministerium eingerichtet, die US-chinesische Militärkommunikation wurde im Dezember 2023 wieder aufgenommen.

Die Rüstungskontrollpolitik der deutschen Bundesregierung sollte sich daran orientieren, welche Massnahmen insbesondere im Kontext der Konfrontation mit Russland zur besseren Risikoreduktion dienen können. Berlin könnte sich hierzu bei den Verbündeten für Zurückhaltung bei Manövern und Truppenbewegungen in der Nato-Russland-Kontaktzone einsetzen. Parallele oder unilaterale Schritte von Moskau, die ebenfalls auf eine militärische Entflechtung beider Seiten zielen, wären hilfreich, um die politischen Folgekosten eines solchen Vorgehens zu begrenzen – wobei damit wohl nicht zu rechnen ist. Zudem sollte Berlin dafür werben, dass sich die USA und Russland verpflichten, die Stationierung neuer Raketen mit kürzerer und mittlerer Reichweite in Europa zu limitieren und auf die atomare Bewaffnung von Trägersystemen, die sowohl konventionell als auch atomar bestückt werden können, zu verzichten.

Keine weiteren Debatten um die Stationierung von Mittelstreckenraketen

Geschähe dies nicht und würden in größerem Umfang neue Systeme – insbesondere Hyperschallwaffen – disloziert, hätte das negative Folgen für die Krisenstabilität, da die Reaktionszeit für Entscheidungen verkürzt würde. Ferner könnte eine neue Stationierungsdebatte den Zusammenhalt der transatlantischen Partner überstrapazieren. Wichtig wäre auch, das atomare Tabu auf höchster diplomatischer Ebene konsequent zu bekräftigen, um eine Normalisierung atomarer Rhetorik zu vermeiden. Zusätzlich sollte sich Deutschland für Gesprächs-

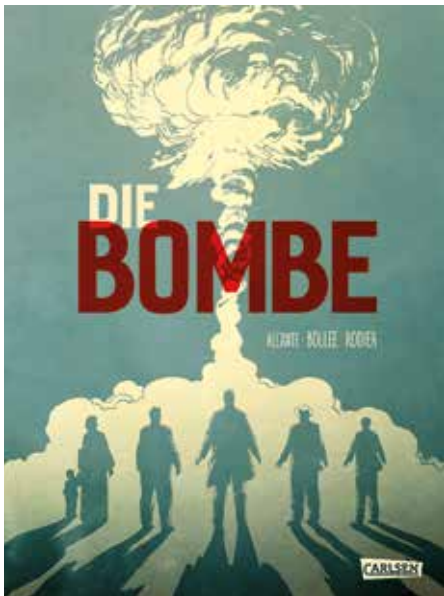
kanäle mit Russland einsetzen, da gerade mit Gegnern ein Perzeptionsabgleich unabdingbar ist. Dazu gehört zum Beispiel, ob Struktur und Organisation der Streitkräfte oder die Einsatzszenarien für bestimmte Waffensysteme als risikofördernd wahrgenommen werden.

Plattformen für Gespräche über Risikominderung sind derzeit jedoch rar gesät. So ist der Nato-Russland-Rat aufgrund des Ukrainekrieges ausgesetzt und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) paralysiert. Umso mehr sollte Deutschland darauf drängen, dass Formate genutzt und gefunden werden, die sich zum Austausch über Verteidigungsdispositive, Militärdoktrinen und die Wahrnehmung von Risiken eignen. Zuletzt könnte die Bundesrepublik im Rahmen des Sperrvertrages die Atomwaffenstaaten an ihre Abrüstungsverpflichtungen erinnern. Dass China im August 2024 den Vorsitz im P5 (Permanent 5)-Prozess der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats übernimmt, bietet zusätzliche Chancen, um Transparenz zu Chinas Nuklearpolitik zu schaffen.

An der Schwelle atomarer Instabilität

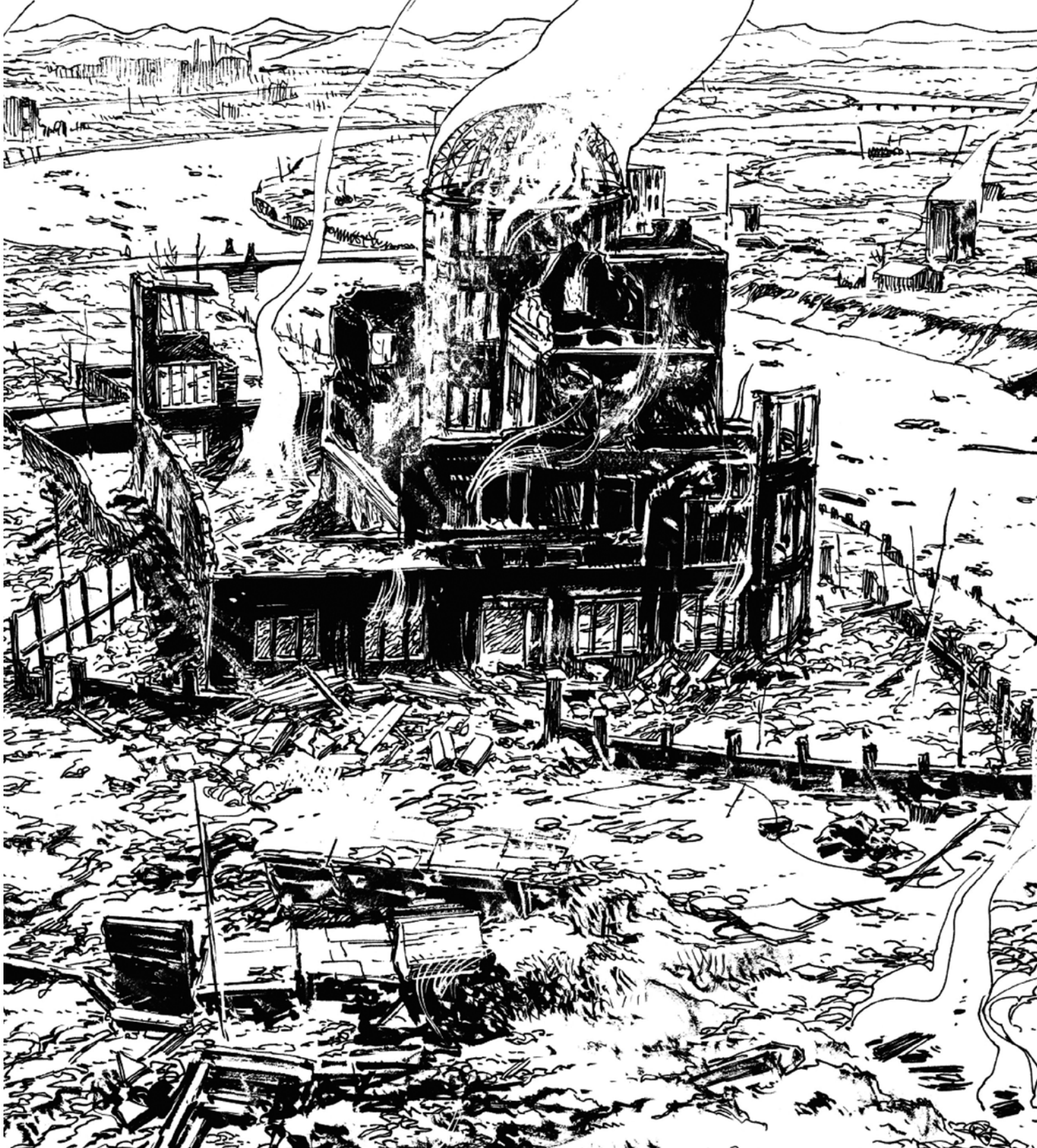
Selbst wenn diese Schritte nicht direkt in Rüstungskontrollvereinbarungen münden, können sie künftige Fortschritte vorbereiten. Sofern sich die internationale Lage etwa nach einem Waffenstillstand in der Ukraine entspannt, könnten sie durch verifizierbare Übereinkünfte ergänzt werden. Bis dahin sollte die Bundesregierung weiter fordern, dass Russland in den New-START-Vertrag zurückkehrt und ihn vollständig umsetzt, indem es die ausgesetzten Inspektionen und Notifikationen wieder aufnimmt. Zudem sollten mögliche Nachfolge- oder Alternativabkommen eingefordert werden.

Doch reicht das nicht aus. Die Risiken eines Atomwaffeneinsatzes im Ukrainekrieg bleiben ebenso bestehen wie die Gefahren nicht intendierter Zwischenfälle in Ostasien. Auch fällt es den USA und Russland aufgrund der geschilderten Inspektionsproblematik zunehmend schwerer, die Anzahl der Sprengköpfe auf den Atomraketen der Gegenseite zu prüfen. Die Welt steht an der Schwelle konventioneller und atomarer Instabilität, in der Worst-Case-Annahmen die Planungen und Entscheidungen von Staaten bestimmen. Rüstungskontrolle muss dem entgegen-



Die gegenüberliegende Grafik stammt aus der 472 Seiten umfassenden Graphic Novel eines französischen Autorenteam, die in eindrücklichen Bildern die gut recherchierte Geschichte der Atombombe erzählt: Didier Alcanté, Laurent-Frédéric Bollée, Denis Rodier: **Die Bombe** – 75 Jahre nach Hiroshima. Die Entwicklung der Atombombe. Carlsen Verlag, Hamburg 2020, 472 Seiten, Fr. 54.90.

ICH BIN DER,
DER IM REICH DER
AUFGEHENDEN SONNE
DIE SONNE UNTER-
GEHEN LÄSST!



wirken, indem sie Massnahmen entwickelt, die unbeabsichtigte, möglicherweise atomare Eskalationen verhindern und einen Rüstungswettlauf begrenzen.

Stärkung des Atomwaffentestverbots

Auch die Entwicklungen um den Atomwaffenteststoppvertrag CTBT spiegeln eine wachsende Instabilität internationaler Abkommen. Der 1996 verabschiedete Vertrag trat zwar nie in Kraft, ist jedoch faktisch ein Moratorium für Atomwaffentests. Im Jahr 2023 zog Russland seine Ratifizierung des CTBT zurück, was es mit den USA gleichstellt, die ihn unterzeichnet, aber nicht ratifiziert haben. Zwar verpflichtet das Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge von 1969 Staaten schon durch die Signatur, sich aller Handlungen zu enthalten, die Ziel und Zweck des Vertrags zuwiderlaufen, dennoch ist die russische Entscheidung als Eskalation zu werten.

Zum letzten Mal durchgeführt wurden Atomwaffentests in Russland (damals Sowjetunion) 1990, in den USA 1992, in Frankreich und China 1996 und

in Nordkorea 2017. Satellitenbilder zeigen jedoch verstärkte Aktivitäten an den Teststandorten der Atommächte, was internationale Spannungen schürt. Brisant sind ausserdem die Vorwürfe der USA gegen Russland und China, den CTBT durch sogenannte überkritische Small-Yield-Tests zu umgehen. Diese Tests liegen unterhalb der Nachweisgrenze des CTBT-Verifikationsnetzwerkes. Jill Hruby, Leiterin der US National Nuclear Security Administration, hat bei der CTBT-Konferenz 2023 dazu aufgerufen und eingeladen, ein gemeinsames Verifikationsregime zu etablieren, um solche Aktivitäten transparent zu machen.

Der CTBT besitzt weit mehr als nur symbolischen Wert. Schätzungen der Organisation IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War) zufolge sind allein die atmosphärischen Tests der Atommächte für zahlreiche Krebsfälle verantwortlich. In Anbetracht dieser erschütternden Auswirkungen liegt es in der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, alles zu tun, um den CTBT aufrechtzuerhalten und das Tabu gegen Atomwaffentests zu wahren.



Rezension zu Israel/Palästina

Nachdenken gegen die Angst

«Dieser Band kommt weder zur rechten Zeit, noch hat er Lösungen parat. Er entsteht an einem Knotenpunkt, der sich vielleicht am besten so darstellen lässt: In Israel und Palästina herrscht Krieg, Menschen befinden sich in Geiselhaft, der gesamte Gazastreifen erlebt eine humanitäre Katastrophe – und in Deutschland spricht man vor allem über Deutschland.» Mit diesen Sätzen laden die Herausgeberinnen Lena Gorelik, Miryam Schellbach und Mirjam Zadoff ein zum Nachdenken über die Diskussionen, die Anschuldigungen, die Schuldzuweisungen nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023, der Geiselnahme und dem darauffolgenden Krieg im Gazastreifen.

Sie haben JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, AutorInnen, Antisemitismus-ForscherInnen und FriedensaktivistInnen eingeladen, über ihre Überlegungen, Verletzungen, Verunsicherungen zu schreiben, die Resultate haben sie im Band *Trotzdem sprechen* zusammengetragen, der kürzlich im Ullstein Verlag Berlin erschienen ist. Die Lektüre der sehr unterschiedlichen Beiträge ist anregend und nachdenklich stimmend zugleich, auch für Nichtdeutsche – denn mancher Essay bezieht sich explizit oder implizit auf Deutschland und seine Geschichte.



Montag, 30. September 2024
19.00 – 21.00 Uhr
 Schweizerischer Friedensrat, Gartenhofstr. 7 in Zürich

**Die Schweiz und der
Atomwaffenverbotsvertrag**
mit Nationalrätin Marionna Schlatter
 Mitglied des Atomwaffenverbots-Initiativkomitees

Was bedeutet die Anfang Juli 2024 lancierte Volksinitiative für die Unterzeichnung des UNO-Atomwaffenverbotsvertrags durch die Schweiz? Ein Informationsabend mit dem Film «Wendepunkt: die Bombe und der Kalte Krieg» (ab 19.10 Uhr) und einer Fragerunde und Diskussion mit Grünen-Nationalrätin Marionna Schlatter (ab 20.15 Uhr).

Tram Nr. 14 ab Hauptbahnhof Zürich Richtung Triemli bis Station Werd
 (eine Station nach Stauffacher), dann zweite Strasse rechts.
 Wer virtuell dabei sein möchte, melde sich bitte unter diana.schenkel@friedensrat.ch
 bis zum 27. September 2024 an und erhält dann den Zugangscode.

Besonders überzeugend fand ich jene Texte, die das «Stammeln im Getöse» (Paula-Irene Villa Braslavsky) oder «Das grassierende Schweigen» (Kathrin Röggla) thematisieren. Die Soziologin Villa Braslavsky erzählt von den Herausforderungen, mit denen sie als Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie konfrontiert ist. Vor allem mit der Frage: «Was jetzt tun, was sagen, was nicht, und wie formulieren?» An sich simple Fragen, an denen sie jedoch verzweifelt. Diskussionen werden kontrovers geführt, es wird gestritten, man entfremdet sich. Doch dann gibt es dieses Trotzdem: «Weiter sprechen. Weiter agieren. Weiter debattieren.»

Die Schriftstellerin Kathrin Röggla stellt fest, dass die öffentliche Rede dem Wort eine andere soziale Kraft verschaffe, jedoch manchmal absurderweise nicht. «Als Schriftstellerin beschäftigt mich diese Frage enorm, denn die Wirkungslosigkeit der Sprache ist ein Angriff auf meine Arbeit.» Und sie warnt, dass das Gefühl, sich endlich auszusprechen zu dürfen, gerade für traumatisierte Menschen auch nicht unbedingt immer das Wünschenswerte sei.

So ist in diesem Band auch immer wieder von den Grenzen des Wortes die Rede, «von dem Recht auf Schweigen», von dem Denis Yücel, Präsident des PEN Berlin, sprach, vom sorgfältigen Umgang mit dem Wort – und miteinander. *Trotzdem sprechen* ist denn auch ein Plädoyer, nachzudenken und andere Menschen, auch andersdenkende, zum gemeinsamen, durchaus auch kontroversen Nachdenken einzuladen. (Ist)

Lena Gorelik, Miryam Schellbach, Mirjam Zadoff (Hrsg.): *Trotzdem sprechen*. Ullstein Buchverlage, Berlin 2024, 224 Seiten, CHF 30.50.

Vormerken:

Demonstration gegen patriarchale Gewalt am 23. November in Bern

Zum Start der diesjährigen Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» vom 25. November bis 10. Dezember 2024 rufen Frauenorganisationen in einer breiten Allianz zu einer gesamtschweizerischen Demonstration gegen patriarchale Gewalt und Unterdrückung am 23. November 2024 in Bern auf. «Wir wollen Gesellschaft und Politik wachrütteln, denn patriarchale Gewalt geht uns alle etwas an. Die Politik muss endlich ihre Verantwortung übernehmen und Opferschutz zur Priorität machen.»

www.frieda.org

Die Krux mit den militärischen Kooperationen

Auf der falschen Seite der Geschichte

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat im Bundesrat und insbesondere im Verteidigungsdepartement VBS zu einem Umdenken und Kurswechsel geführt. Die Folge ist, neben der massiven Erhöhung des Militärbudgets, eine regelrechte Kooperationsoffensive im militärischen Bereich. Bereits vor dem Ukrainekrieg kooperierte die Schweiz eng mit der Nato und anderen Partnern. Zum Beispiel bei Übungen der Luftwaffe, die in Grossbritannien trainiert, oder bei Einsätzen zur Friedensförderung. Doch was wir heute beobachten, sind andere Signale.

Erstens benennt das VBS klar, dass die Schweizer Armee ohne internationale militärische Kooperationen nicht bestehen kann. Das Bild der kleinen, wehrhaften Schweiz, die sich im Alleingang gegen Aggressoren von aussen verteidigen kann, gehört definitiv der (SVP-)Vergangenheit an.

Zweitens treibt das VBS die militärische Annäherung zur Nato und auch zur EU sehr offensiv voran. Der Grundstein dieses Kurses wurde vom Bundesrat im letzten sicherheitspolitischen Bericht gelegt. Wenige waren sich damals wohl bewusst, was das effektiv heissen könnte.

Die Neutralität der Schweiz macht militärische Kooperationen aber zu einem politischen, nicht nur verteidigungstechnischen Thema. Das zeigt sich exemplarisch an der Debatte um die Teilnahme an Nato-Bündnisfall-Übungen («Artikel-5-Übungen»), die der Nationalrat jüngst aus ausserpolitischen Bedenken mit einer Motion bremste. Auch wenn davon auszugehen ist, dass der Ständerat in dieser Sache anders entscheidet – zeigt die Mehrheit im Nationalrat das Problem: die fehlende Mitsprache.

Und diese zieht sich durch: Den sicherheitspolitischen Bericht nimmt das Parlament nur zur Kenntnis. Von der



Teilnahme an europäischen Pesco-Programmen («Permanent Structured Cooperation») erfuhren die Sicherheitspolitischen Kommissionen aus den Medien. Von der Absichtserklärung zum Beitritt zur Nato-nahen «European Sky Shield Initiative (ESSI)» ebenfalls.

Als Reaktion überwies die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats eine Motion, die die Mitsprache des Parlaments beim Beitritt zur Sky-Shield-Initiative verlangt. Die Motion ist in der Herbstsession traktandiert. Und nur um auch wirklich klarmachen, dass das Parlament ja keine Mitsprache verlangen soll, hat der Rüstungschef kurz vor den Sommerferien das Aufnahmegesuch unterzeichnet. Böse Zungen behaupten, man schaffe auch hier lieber Fakten, als das Parlament mitreden lassen zu müssen.

Marionna Schlatter ist Nationalrätin der Zürcher Grünen und Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates.

Kampf um die Wasserressourcen

Der Páramo ist ein Hochgebirgsbiom*, das in den nördlichen Anden auf einer Höhe von über 3000 Metern vorkommt. Die Páramos haben eine Schlüsselfunktion im Wasserkreislauf: Sie sammeln, speichern und regulieren in der Natur verfügbares Wasser und versorgen die tiefer gelegenen menschlichen Siedlungen mit Wasser und anderen wichtigen Ökosystemleistungen. Das natürliche Wasserangebot der Páramos wird durch die Klimavariabilität und den Klimawandel beeinträchtigt, doch auch menschliche Eingriffe an der Schnittstelle zwischen Boden und Vegetation verändern ihre hydrologischen Eigenschaften.

/ Luisa Guerrero-Castelblanco,
José Daniel Pabón-Caicedo /

In Kolumbien machen die Páramos mit etwa 30'000 Quadratkilometern ungefähr 2,5 Prozent der kontinentalen Landesfläche aus und decken fast 70 Prozent des Trinkwasserbedarfs der wichtigsten Städte. Angesichts ihrer grossen Bedeutung ergriff die Regierung Massnahmen zu ihrem Schutz und ihrer Erhaltung und schränkte menschliche Aktivitäten

in diesen Gebieten ein – insbesondere den Bergbau und die Landwirtschaft.

Bisher hat das Ministerium für Umwelt und nachhaltige Entwicklung 36 der 37 Páramos des Landes als solche ausgeschrieben und unter Schutz gestellt. Aufgrund des Widerstands der lokalen Gemeinschaften gegen Einschränkungen von Aktivitäten, die für ihren Lebensunterhalt zentral sind, werden die Perimeter der Páramos von Almorzadero und Santurbán zurzeit jedoch neu verhandelt. Der Páramo de Pisba ist wegen anhaltender Meinungsverschiedenheiten zwischen lokalen Gemeinschaften, Bauern und Behörden nach wie vor nicht offiziell ausgewiesen. In all diesen Páramos kam es zu Konflikten, weil ihre Ausscheidung und Unterschutzstellung die lokale Subsistenzwirtschaft einschränkt.

Der Kohlebergbau ist der grösste Wasserverbraucher

Der Páramo de Pisba in den östlichen Kordilleren der kolumbianischen Anden gilt als der bevölkerungsreichste Páramo des Landes. Seine Ökosystemleistungen kommen direkt oder indirekt fast 150'000 Menschen zugute, die hier Landwirtschaft, Viehzucht, Kohle-

bergbau sowie lokalen und regionalen Handel betreiben. Jahrelang reichte das natürliche Wasserangebot aus, um den Wasserbedarf für all diese Aktivitäten in den Gemeinden rund um den Páramo de Pisba zu decken.

Wegen seiner negativen Auswirkungen wurde der Kohlebergbau im Páramo mit der Zeit verboten. Durch die Ansiedlung ausländischer Unternehmen entwickelte er sich aber dennoch zum wichtigsten Wirtschaftszweig der Region. So wurde der Kohlebergbau in den letzten Jahrzehnten zum grössten Wasserverbraucher. Er senkt die Grundwasservorkommen, beeinträchtigt ihre Qualität und schränkt die Verfügbarkeit von Wasser für andere Zwecke ein, einschliesslich der Trinkwasserversorgung.

Konkurrenz um Wasserressourcen

Den Kohlebergbau in den Páramos begünstigt auch der lokale Glaube, dass in grossen Höhen gewonnene Kohle besonders hochwertig sei. «Die Kohle aus dem Páramo wird als metallurgische Kohle bezeichnet, die von besserer Qualität und höherem Wert ist als thermische Kohle, da sie einen höheren Brennwert hat», so die Einheimischen. «Diese Art von Kohle ist wichtig, weil sie benötigt wird, um aus Eisen Stahl zu machen. Die Nachfrage nach metallurgischer Kohle für den Export geht zurzeit durch die Decke.»

Diese Situation hat zu Spannungen zwischen Landwirtschaft, Bergbau und den örtlichen Gemeinden geführt, die um die Wasserressourcen konkurrieren. Der aktuelle Trend zur Ausweitung der wirtschaftlichen Aktivitäten in der Region erhöht den Wasserbedarf und stört das für die regionale Entwicklung zentrale Gleichgewicht zwischen Wasserangebot und -nachfrage. Eine ähnliche Situation ist auch im 200 Kilometer weiter nordwestlich gelegenen Páramo de Santurbán zu beobachten.

* Als **Biom** wird die vorherrschende Lebensgemeinschaft oder gleich das gesamte vorherrschende Ökosystem eines ausgedehnten Bereichs der Erdoberfläche bezeichnet. Damit sind Biome konkrete Grosslebensräume mit den potenziell darin vorkommenden Pflanzen, Tieren, übrigen Organismen und den unbelebten Bestandteilen (Wikipedia).



Friedenskalender 2025 zum Klima

Bereits zum 29. Mal erscheint 2025 der vom Schweizerischen Friedensrat herausgegebene Postkartenkalender, fürs kommende Jahr mit Bildern zum Klimawandel. Zwölf abtrennbare farbige Postkarten enthalten Sujets verschiedener FotografInnen. Weiter informiert der Kalender wie immer über die internationalen Tage der UNO sowie die wichtigsten Friedenstermine des nächsten Jahres. Er wird allen SFR-Mitgliedern sowie den Abonnentinnen und Abonnenten der **FRIEDENSZEITUNG** Mitte Oktober zugestellt und kann für 25 Franken unter info@friedensrat.ch nachbestellt werden.

Dort ist das Hauptproblem der Goldbergbau, ebenfalls eine höchst wasserintensive Tätigkeit. Zwar wurde dieser Páramo 2014 als solcher ausgeschrieben und unter Schutz gestellt, doch auch dort bleiben Meinungsverschiedenheiten zwischen regionalen Akteuren bestehen. Der Konflikt in der Region Santurbán wird durch die mögliche Ansiedlung eines ausländischen Goldbergbauunternehmens zusätzlich angeheizt.

Verschärfte Wasserkonflikte

Solche Wasserkonflikte verschärfen sich während der wiederkehrenden Phasen extremer Klimavariabilität, die durch das El-Niño-Phänomen verursacht werden und in der ganzen Region zu Niederschlagsdefiziten führen.

Dies war auch während des El-Niño-Ereignisses von 2023/2024 der Fall, als eine mehrmonatige Niederschlagsknappheit das natürliche Wasserangebot verringerte und städtische Zentren wie Socha, das mit dem Páramo de Pisba verbunden ist, in eine kritische Situation brachte.

Die Behörden beschlossen, Wasser direkt aus den Quellbächen in den hoch gelegenen Gebieten des Páramo zu entnehmen und es mit Tankwagen zu den Siedlungen zu transportieren, um deren Versorgung mit Wasser jederzeit aufrechterhalten zu können. Die ländlichen Gemeinschaften wehrten sich dagegen und argumentierten, dass die städtischen Wasserbehörden «das wenige Wasser» entnehmen wollten, «das nach der Nutzung für den Bergbau noch übrigbleibt.» Es kam zu einer Konfrontation, und die Fahrzeuge mussten leer zurückkehren. Ähnliche Situationen ereigneten sich auch in anderen Gemeinden, die mit diesem Páramo verbunden sind.

Der Klimawandel beeinflusst das Wasserangebot

Die Konfliktsituation hat zudem zu Auseinandersetzungen zwischen der Bevölkerung und den für Umwelt- und Wassermanagement verantwortlichen Behörden geführt. Diese Spannungen haben die Formulierung von Richtlinien zur Regelung der Inanspruchnahme und Nutzung des Páramos behindert. Infolgedessen bleibt der Páramo de Pisba



trotz mehrerer Anläufe der nationalen und regionalen Umweltbehörden weiterhin unausgewiesen.

Der Klimawandel hat den Wasserkreislauf im Páramo de Pisba beeinflusst und das natürliche Wasserangebot deutlich verringert, was die lokalen Gemeinschaften vor erhebliche Probleme stellte. Die Klimaszenarien, die die kolumbianische Regierung vor einigen Jahren in ihrer dritten nationalen Mitteilung zum Klimawandel präsentierte, deuten nicht auf wesentliche Veränderungen im natürlichen Wasserangebot hin. Dennoch ist zu erwarten, dass der steigende Wasserbedarf für die wachsenden und immer intensiveren wirtschaftlichen Aktivitäten in Verbindung mit der sich verändernden Klimavariabilität zu einer Zunahme der Konflikte führen wird.

Strategien gegen Wasserkonflikte

In Anbetracht dieser Aussichten ist es wichtig, wasserbezogene Spannungen und Konflikte in den Páramo-Regionen zu antizipieren und Strategien zu ihrer Minderung zu entwickeln. Eine mögliche Massnahme wäre, neben der Ausscheidung der Páramos und der damit einhergehenden Einschränkung der wirtschaftlichen Aktivitäten auf ihrem Gebiet auch nachhaltige Alternativen zu entwickeln, die es den Menschen vor Ort erlauben, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und sich wirtschaftlich und sozial weiterzuentwickeln.

In Bezug auf den Bergbau wäre es empfehlenswert, nach Stilllegung und Rückbau sowie Wiederherstellung und Umstrukturierung der betroffenen Gebiete Programme durchzuführen, die Bergleute aus dem traditionellen kleingewerblichen Bergbau im Besitz von Abbaurechten und Umweltgenehmigungen bei der Umsiedlung oder der Umstellung auf andere Tätigkeiten unterstützen und ihnen helfen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Im Bereich der Landwirtschaft und der Viehzucht muss die Entwicklung von Massnahmen in Zusammenarbeit mit den lokalen Gemeinschaften erfolgen.

Die Massnahmen sollten sich auf den Erhalt und die Wiederherstellung des Páramos sowie auf den Ersatz von landwirtschaftlichen Praktiken konzentrieren. Zusätzlich braucht es Initiativen zur Umsiedlung oder beruflichen Umschulung der Menschen, die von der traditionellen Landwirtschaft im Páramo leben. Alle vorgeschlagenen Massnahmen sind ausserdem mit soliden Umweltbildungsprogrammen und der Entwicklung alternativer Produktionsprozesse für die lokale Bevölkerung und die gebietsverwaltenden Organisationen zu begleiten.

Die AutorInnen sind Mitglieder der Gruppe «Zeit, Klima und Gesellschaft» des Departements für Geografie an der Nationalen Universität von Kolumbien (Universidad Nacional de Colombia) in Bogotá.

Eine Neutralität für das 21. Jahrhundert

Die im April 2024 eingereichte sogenannte Neutralitätsinitiative der SVP hat zu zwei bemerkenswerten Positionspapieren zur schweizerischen Neutralität geführt, die diese zwar nicht relativieren, aber triftige Argumente gegen die «Pro-Putin-Initiative» der SVP liefern. Das erste ist eine Aktualisierung der Haltung der SP Schweiz zur Neutralität, das zweite ein Manifest von 87 Personen aus Wissenschaft, Diplomatie und Politik.

Die SP Schweiz hat ihre Position zur Neutralität gründlich überarbeitet und aktualisiert: «Sozialdemokratische Aussen- und Friedenspolitik auf dem Fundament der aktiven Neutralität» nennt sie ihr Positionspapier, das an der Parteiratsitzung vom 21. Juni 2024 in Olten verabschiedet wurde. Es plädiert für eine «konsequent am Völkerrecht ausgerichtete Neutralitätspolitik», beschäftigt sich mit der wirtschaftlichen Dimension der aktiven Neutralität («Gerechte Globalisierung statt dreckige Geschäfte»), mit ihrer politischen Dimension («Militärische Bündnisfreiheit stärkt die Rolle der Schweiz in der Friedensförderung») und lehnt die SVP-«Anti-Sanktionsinitiative» vehement ab. Aus dem Vorwort:

«Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat das System der kollektiven und der kooperativen Sicherheit ebenso herausgefordert wie das Verständnis der Schweizer Neutralität. Um Frieden und Sicherheit in Europa wiederherzustellen und langfristig zu sichern, muss auch die Schweiz ihre Aussen-, Sicherheits- und Friedenspolitik auf die Höhe der Zeit bringen. Die SP Schweiz steht zur Neutralität als wertvolles friedenspolitisches Werkzeug der Schweiz – aber sie braucht eine Präzisierung: Die politische Neutralität der Schweiz soll sich in einer europäischen Souveränität und einem gestärkten Multilateralismus widerspiegeln, die wirtschaftliche Dimension der Neutralität muss einer aktiven Verantwortung für eine regelbasierte Globalisierung weichen und die militä-

rische Neutralität muss konsequent als sicherheits- und friedenspolitisches Instrument verstanden werden.»

Das Positionspapier kann unter www.sp-ps.ch/wp-content/uploads/2024/07/Sozialdemokratische-Aussen-und-Friedenspolitik-auf-dem-Fundament-der-aktiven-Neutralitaet.pdf heruntergeladen werden.

Das Manifest Neutralität 21

Am 29. Mai 2024 hat ein Komitee von sieben Persönlichkeiten (die Professoren Thomas Cottier, em., Europa- und Wirtschaftsvölkerrecht, Urs Saxer, Völker-, Verfassungs- und Medienrecht, René Rhinow, Staats- und Verwaltungsrecht, ehem. FDP-Ständerat, Markus Mohler, ex-Polizeikommandant Basel-Stadt, der Historiker Marco Jorio und die ehemaligen Diplomaten Philippe Welti und Daniel Woker) ihr «Manifest Neutralität 21» vorgestellt, das von 87 ErstunterzeichnerInnen und inzwischen mehreren Hundert Personen unterschrieben worden ist. Es kann weiterhin unterschrieben werden unter <https://suisse-en-europe.ch/neutralitaet-21/>. Wir dokumentieren den Text nachfolgend.

a. Die Russische Föderation hat im Februar 2022 die Ukraine als souveränen Staat völkerrechtswidrig überfallen. Der Bundesrat übernahm einerseits die Sanktionen der EU, hielt aber in diesem Konflikt am Verbot der Kriegsmateriausfuhr an die Kriegsparteien fest, das teilweise über neutralitätsrechtliche Verpflichtungen hinausgeht. Der Ukrainekrieg bestätigt und führt klar vor Augen, dass die einzelnen Bausteine der schweizerischen Neutralitätspolitik nicht mehr zueinanderpassen. Die Schweiz kann den Schutz der internationalen Rechtsordnung nicht hochhalten und verteidigen, insbesondere den Schutz von Demokratie, Rechtsstaat und das Gewaltverbot, wenn sie den Aggressor Russland gleich behandelt wie das Opfer Ukraine und gestützt darauf die Wiederausfuhr von längst verkauft-

tem Kriegsmaterial an die Ukraine verbietet. Die heutige Umsetzung der Neutralität stösst im In- und Ausland auf Unverständnis und schadet dem Ruf der Schweiz. Der Ukrainekrieg und die sich am Horizont abzeichnenden künftigen Konflikte zwingen uns, die Bedeutung der Neutralität für heute und morgen zu überdenken. Die Neutralität ist nur so viel Wert, wie sie von der internationalen Gemeinschaft akzeptiert wird. Das ist in Europa heute nicht mehr der Fall.

b. Der Grund für die heute widersprüchliche Politik im Ukrainekonflikt liegt im restriktiven Kriegsmaterialgesetz, das in Teilen auf die umstrittenen und überholten Haager Konventionen von 1907 abgestützt wird. Diese finden auch in der Ukraine-Verordnung ihren Niederschlag. Die Haager Konventionen regeln Rechte und Pflichten der Kriegführenden gegenüber neutralen Staaten und umgekehrt. Sie wurden im Zeitalter des Imperialismus und Kolonialismus unterzeichnet, als jeder Staat das Recht auf Krieg hatte («ius ad bellum»). Sie schrieben die Gleichbehandlung von Aggressor und Opfer durch den neutralen Staat vor.

Inzwischen wurden der Angriffskrieg (Briand-Kellogg Pakt 1928) und die Anwendung von zwischenstaatlicher Gewalt (UNO-Charta 1945) verboten. Das völkerrechtlich gebotene Verhalten der Staaten wird heute durch die Konkretisierung des Gewalt- und Interventionsverbots in der Friendly-Relations-Deklaration der UNO-Generalversammlung von 1970 bestimmt. Die Haager Konventionen taugen nicht mehr für heutige Konflikte und als Basis für die schweizerische Neutralität. Das Gleichbehandlungsgebot der Haager Konventionen kommt bei einem Angriff entgegen Art. 2 Ziff. 4 der UNO-Charta völkerrechtlich im Rahmen der kollektiven Selbstverteidigung nach Art. 51 und Art. 103 UNO-Charta nicht mehr zur Anwendung. Mit dem Angriffs- und Gewaltverbot des UNO-Rechts ist ihre Schutzfunktion weggefallen. Die Schweiz ist als UNO-Mitglied nicht mehr berechtigt, Täter und Opfer gleich zu behandeln.

c. Heute gibt es weltweit keine allgemein anerkannte Definition von Neutralität mehr und ihre gewohnheitsrechtlichen Inhalte sind umstritten. Ihre ursprüngliche Bedeutung wurde durch das völkerrechtliche Gewaltverbot und das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung zurückgedrängt. Unter

Neutralität wird heute von den meisten Staaten die autonom beschlossene Nichtteilnahme an einem bewaffneten zwischen- oder innerstaatlichen Konflikt und die Bündnisfreiheit verstanden.

d. Die vier Elemente, welche seit dem 17. Jahrhundert das Fundament der schweizerischen Neutralität bildeten, sind spätestens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erodiert: 1. Unsere Nachbarstaaten sind demokratische Rechtsstaaten, Mitglieder der UNO und der EU und führen keine Kriege mehr gegeneinander. 2. Die schweizerische Neutralität als Bestandteil des europäischen Gleichgewichts der Mächte ist mit der europäischen Einigungsbewegung hinfällig geworden. 3. Die innenpolitischen Gründe für die Neutralität, die konfessionellen, politischen und Sprachkonflikte, welche den Zusammenhalt des Landes gefährdeten, bestehen seit 1918 nicht mehr. 4. Die Schweiz hat im Gegensatz zur Alten Eidgenossenschaft seit 1848 eine Regierung, die eine kohärente Aussen- und Neutralitätspolitik führen könnte (so sie wollte).

e. Die Neutralität hat nach wie vor eine Bedeutung für die schweizerische Identität. Sie ist historisch gewachsen und tief verankert. Das gilt es zu berücksichtigen. In Umfragen will heute immer noch eine Mehrheit an der Neutralität festhalten, wobei die Meinungen, was heute Neutralität bedeutet und leisten kann, weit auseinandergehen und widersprüchlich sind. Umstritten ist auch, ob die Neutralität Vorteile für die Leistung von Guten Diensten und den Wirtschaftsstandort bietet. Ein Vergleich mit andern Staaten wie Norwegen zeigt, dass weder die Guten Dienste noch der Wirtschaftsstandort die Neutralität erfordern.

f. Die Neutralität hat ihren Nutzen für die militärische Sicherheit der Schweiz verloren. Diese hängt vor allem von der Nato und der EU und ihren Mitgliedstaaten ab. Die Schutzwirkung der Neutralität entscheidet sich am Nutzen, den diese für die internationale Gemeinschaft erbringt. Die Bedeutung der Neutralität muss daher als aussenpolitisches Instrument im Rahmen der europäischen Sicherheit immer wieder überprüft werden. Sie kann nicht als dauernd und immerwährend verstanden werden.

g. Die Neutralität der Schweiz basiert auf den in der Bundesverfassung veran-

kerten Zielen der Aussenpolitik sowie auf der Charta der Vereinten Nationen von 1945 mit dem Angriffsverbot, das für alle Staaten gilt. Die Schweiz verzichtete klugerweise bis heute darauf, die Neutralität in der Bundesverfassung als Staatszweck zu verankern oder ihre Umsetzung rechtlich zu fixieren. Sie orientiert sich wie bis anhin am Grundsatz der Verfassungsväter von 1848, die festhiel-

ten, «die Neutralität sei kein konstitutioneller und politischer Grundsatz, der in eine Bundesverfassung gehöre, indem man nie wissen könne, ob derselbe nicht einmal im Interesse der eigenen Selbstständigkeit verlassen werden müsse».

Vor diesem Hintergrund drängt sich eine Aktualisierung der schweizerischen Neutralität auf, die sich an zehn Eckpfeilern orientiert (siehe unten).

Eckpfeiler der schweizerischen Neutralität

1. Die Neutralität der Schweiz für das 21. Jahrhundert basiert auf fünf Säulen: der UNO-Charta von 1945, den anderen, von der Schweiz unterzeichneten völkerrechtlichen Verträgen, den in der Bundesverfassung verankerten Zielen der Aussenpolitik, der Sicherheit von Volk und Staat und der jahrhundertealten Tradition der politisch frei gewählten Neutralität.

2. Die Neutralität ist ein aussenpolitisches Instrument. Sie dient der Schweiz zur Wahrung der aussen- und sicherheitspolitischen Interessen in zwischenstaatlichen Konflikten und Bürgerkriegen. Sie festigt die Stellung der Schweiz als verlässliche und stabile Partnerin, die sich militärisch nicht in Konflikte zwischen andern Staaten einmischt und auf Angriffshandlungen gegen andere Staaten verzichtet. Sie dient einer aktiven Friedenspolitik. Sie darf den verfassungsrechtlich verankerten Zielen der Aussenpolitik und Interessen des Landes und ihrer Verantwortung als UNO-Mitgliedstaat nicht entgegenstehen.

3. Die Schweiz definiert den Inhalt und die Umsetzung der Neutralität autonom und lagebezogen. Sie verzichtet auf die Verrechtlichung der Neutralitätspolitik.

4. Die Schweiz stellt in Friedenszeiten und in einem Konfliktfall alle ihr zumutbaren Mittel für Gute Dienste, humanitäre sowie vor allem finanzielle Hilfen zur Verfügung.

5. Die Neutralität dient der Sicherheitspolitik und nicht umgekehrt. Die Schweiz bleibt daher so lange neutral, als die militärische Neutralität ihrer Sicherheit dient und diese nicht Staatsziele und Werte in den internationalen Beziehungen gefährdet. Das muss von Fall zu Fall geprüft und entschieden werden.

6. Eine schlagkräftige Armee dient einer glaubwürdigen Sicherheitspolitik der Schweiz unabhängig davon, ob die Schweiz neutral ist oder nicht. Die Schweiz bereitet sich in Friedenszeiten

mit der Nato und der EU so vor, dass sie sich im Falle einer Aggression gemeinsam mit den demokratischen Rechtsstaaten militärisch verteidigen kann. Sie arbeitet mit diesen in Rüstung, Ausbildung und Führung eng zusammen, so dass die Interoperabilität der Streitkräfte und der Kampf der verbundenen Waffen sichergestellt ist.

7. Die Schweiz anerkennt das Selbstverteidigungsrecht von völkerrechtswidrig angegriffenen Staaten (Art. 51 UNO-Charta). Sie unterlässt alles, was den Aggressor begünstigen könnte.

8. Die Schweiz passt das Embargogesetz an. Der Bundesrat kann neben den von der UNO und den wichtigsten Handelspartnern erlassenen Sanktionen auch eigene Massnahmen ergreifen.

9. Die Neutralität steht in ihrer Ausübung unter dem Vorbehalt der kollektiven Sicherheit und von humanitären Interventionen (R2P) und erlaubt der Schweiz entsprechende Unterstützungsleistungen wie die Gewährung von Überflugrechten oder Transit von Truppen und Material zugunsten eines Aggressionsofers und der betroffenen Zivilbevölkerung.

10. Die Schweiz passt das Kriegsmaterialgesetz an. Die Ausfuhr von Kriegsmaterial ist neu zu regeln im Lichte der sicherheitspolitischen und aussenpolitischen Interessen der Schweiz. Die Ausgestaltung der Waffenausfuhr erfolgt autonom. Sie wird nicht durch die Neutralität bestimmt. Aufgrund der obgenannten Ausführungen und der genannten Gründe rufen wir den Bundesrat auf, die gemachten Überlegungen in der Praxis aufzunehmen und mit dem Parlament möglichst rasch eine Anpassung der schweizerischen Neutralität an die Hand zu nehmen, die den Interessen des Landes und den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts zu genügen vermag.

Letzte Bastion von Borneos Waldnomaden

Seit Anfang der 1980er-Jahre opfert die weltweit drittgrößte Insel Borneo jedes Jahr etwa 860'000 Hektar Wald dem schnellen Profit. Die begehrten Tropenhölzer sollen die Schwellenländer Malaysia und Indonesien in die erste Welt katapultieren – alles auf Kosten der Umwelt und der indigenen Völker wie den nomadischen Penan, die seit Generationen in diesem einzigartigen Ökosystem leben. Immer weniger von ihnen halten an einem traditionellen Lebensstil fest und behüten die Wälder vor der Rodung durch die Forstwirtschaftsunternehmen. Guman Megut und seine Familie gehören zu den letzten vollzeitlichen Wildbeutern im malaysischen Bundesstaat Sarawak. Eine forcierte Modernisierung und der drohende Verlust ihrer kulturellen Identität stehen im Einklang mit der globalen Erwärmung.

/ Claudio Sieber /

Sarawak. Lustige Äfflein, dichter Dschungel und festlich verkleidete Ethniemoodels: Die Reklamen der Tourismuslobby versprechen bereits während dem Gang zur Gepäckausgabe ein Bilderbuchborneo. Dramaturgisch wird der Gast auf den Zauber vorbereitet. Darauf antworten harte Fakten, denn fundierte Berichte zum Schlussverkauf vom 130 Millionen Jahre alten Regenwald und Depeschen vom Schweizer Menschenrechtsaktivisten Bruno Manser über die langwierige Fehde der Penan mit Regierung und Holzmafia werden seit Anbeginn des World Wide Webs durch die internationale Presse gereicht.

Der Geländewagen schnurrt von der Küstenstadt Miri über geschmeidigen Asphalt nach Südosten, mitten durch invasive Ölpalmlantagen, für die innert nur 25 Jahren etwa 40 Prozent der tropischen Wälder Borneos weichen mussten – 2019 produziert die Insel mit 8,2 Millionen Hektar Plantagen mehr Palmöl als jede andere Region der Welt (13,7 Prozent des Bruttoinlandinkommens Malaysias), das schlussendlich in einer Vielzahl von Produkten verwendet wird, von Lebensmitteln bis zu Kosmetika.

Es ist eine Binsenweisheit, solche Plantagen zerstören nicht nur wert-

volle Ökosysteme und bedrohen die Artenvielfalt, sondern tragen auch zur Entwaldung und zur Freisetzung von Treibhausgasen bei, was langfristig die globale Klimaveränderung intensiviert. Dann wirds holprig, eine badewannentiefe Furche folgt der nächsten, bis das Gefährt auf eine kleine Fähre verladen werden muss, da es den Stromschnellen hiesiger Flüsse nicht mehr gewachsen ist. Stunde um Stunde werden Zentimeter gutgemacht, immer tiefer geht es hinein in die unentwirrbare Flora, bis selbst die ausgedienten Forstpfade zu zermartert sind für ein Allradgetriebe und nur noch per Motorrad oder Fussmarsch gemeistert werden können.

Bei der vereinbarten Waldhütte irgendwo im Herzen der Region Limbang ist Endstation. Wenige Spannungsmomente später schreitet Häuptling Guman Megut aus dem Busch, im Schlepptau seine Frau Selina, die drei Söhne Labo, Jusak und Jerry plus ein Jagdhundquartett und ein kleiner Makakenaffe. Ausser den Tieren schultert jedes Familienmitglied den traditionellen Penanrucksack, geflochten aus der Kletterpalme Rattan. Der Ranzen enthält ihren gesamten Besitz. Alles, was sie für ihr Leben im Walde benötigen. Eine Kuscheldecke, Allzweckmatten, Blasrohre, Buschmacheten, Taschenlampen, ein Radio, je ein bis zwei Shirts zum Wechseln, ein paar Teller und Töpfe sowie einen Mundvorrat.

Einschlafen wie aufwachen zum Knistern des Feuers, zum Summen und Brummen von Fliegen, Bienen, Motten und faustdicken Käfern. Abwechselnd schauen Düfte verrauchter Kleidung und feuchter Vegetation vorbei. Gestärkt durch die Eiweisse einer gegrillten Wildkatze machen sich Papa und seine Juniorinnen auf den Weg, heute stehen Vitamine, Jagdinstrumente und Rohmaterial für Selinas Webarbeiten auf ihrer Agenda. Oberhaupt Guman kommt en vogue, trägt zur Promenade ins Unterholz ein feines Shirt in schillerndem Sarawakblutrot, das Mut und die Opfer der Indigenen in ihrem unermüdlichen Streben nach Anerkennung repräsentiert. Sein Outfit steht im auffälligen Kontrast zu den nackten Nomadenfüssen. Was für Geschichten sie wohl zu erzählen ha-

ben: die klumpigen Zehen, die breite, ledrige Fusssohle, der darauf residierende Mikrokosmos aus organisch-mineralem Waldleben.

Ziel der heutigen Exkursion ist die Sagopalme (in der Penan-Sprache «Ubut»/Eugeissona Utilis). Das dornige Gewächs ist der Quell des Lebens für die Penan. Aus dem faserigen Stamm einer ausgewachsenen Palme gewinnen sie die Kohlenhydrate, aus ihrem Herzen die Vitamine, und aus den Palmblattstielen schnitzen sie die Dartpfeile. Schon sehr bald werden den Wildbeutern die Proteine ausgehen, sie priorisieren somit die Eile und ernten nur das Allernötigste, denn die Bergung aller Bestandteile würde mindestens zwei Tage in Anspruch nehmen. So viel Zeit haben sie nicht. Zurück im Camp schnitzen die Boys bis spätabends emsig an ihrem Waffenarsenal.

Sonntag ist Ruhetag für die jüngst Konvertierten. Passé die Opfergaben für ketzerische Naturgeister, kein Reiseabbruch mehr beim Ruf des Eisvogels, selbst Urschöpfer Bungan musste abdanken. Es lebe sich leichter ohne all die Omen und Tabus, beichtet Guman nach dem Morgengebet. Fern den Wipfeln ihres Hains flattert ein Nashornvogel vorbei. Fortuna ist auf seiner Seite, er segelt ausserhalb der Reichweite von Gumans Blasrohr. Weiter unten trällern gräzilere Artgenossen tierische Balladen vom Astwerk. Sie haben weniger Glück, denn Klein-Jerry feuert nonchalant mit Dartpfeilen nach ihnen. Er trifft jeweils auf den ersten Blow. Der Zehnjährige kann weder lesen noch schreiben, dafür ahmt er verschiedene Vogelsprachen nach, um sie anzulocken. Der undurchdringliche Regenwald ist sein Hoheitsgebiet, ein Ort, an dem er mit Leichtigkeit allein überleben könnte.

Zumindest in diesem Gefilde benutzen die autarken Penan für ihre Jagd nach Wildtieren aus Eisenholz gefertigte Blasrohre. Guman besitzt zwar eine illegale Flinte, die er im Gestrüpp versteckt hält aus Angst, von den Behörden erwischt zu werden, doch mangelt es ihm meist an Geld für die Patronen. Auch sonst fehlen die malaiischen Ringgits an allen Ecken und Enden. Eine Währung, die bis vor wenigen Jahren kaum Bedeutung hatte



für die Penan. Sie haben seit Generationen selbstversorgend mit ihrem Waidwerk überlebt und tauschen allzu selten Hirschfleisch, Gaharu (ein Baumsaft, der in der chinesischen Medizin verwendet wird) oder Gummibaumsaft gegen Moneten, um damit Reis, Gewürze, Kaffee oder Zucker zu kaufen.

Eine lukrative Möglichkeit, um ohne Bildung an finanzielle Mittel zu kommen, wäre die Bestellung von Ländereien für ein Forstunternehmen. Der gängige Verkaufswert für ein Kilo Ölpalmfrüchte liegt derzeit bei zirka 30 US-Cents, somit kann ein Kleinbauer mit rund 100 Palmen monatlich ungefähr zwei Tonnen Rohfrüchte ernten und damit etwa 600 US-Dollar verdienen. Unbestreitbar ist, dass die hohe globale Nachfrage nach Tropenholz sowie Palmöl hat die hiesigen Lebensräume degradiert, aufgespalten und zerstört hat. Gerade mal ein Zehntel des ursprünglichen Dschungels ist noch intakt (unter dem Terminus «Sekundärwald»).

Indes hat die Kultivierung von Ölpalmen aber auch Abertausende von InselbewohnerInnen aus der Mittellosgkeit befreit, weshalb sich anno 2024 nur noch wenige Penan dem Staat und dessen Lizenzen zur Abholzung in Sarawaks Waldreservaten entgegenstellen.

Nach jahrzehntelanger Rebellion gegen den «Landraub» sind die Korumpierten im Dorfe einfach auszumachen, sie sind in einem schicken Geländewagen unterwegs, und ihre Hütten bestehen anstatt aus Hölzern, Rattan und Da'un-Blättern aus Zement und Zinndächern. Selbst in der letzten Bastion der Waldnomaden, Limbang, ist die einsickernde Moderne kaum mehr aufzuhalten.

Einer der Hauptgründe, warum sich praktisch alle nomadischen Penan ansiedeln liessen, ist die Einschulung ihrer Kinder. Die Chance auf Bildung befindet sich meist weit entfernt von ihren Jagdrevieren, in Dörfern wie Long Seridan oder Long Kawa. Mangelt es dort an Verwandten, um die Kinder zu hegen, haben die Nomaden nur eine Möglichkeit, sie müssen sich nach unterbezahlten Jobs umschauen und enden wiederum in den Fängen der Holzfäller.

Vermorschter Waldboden. Guman und seine Jungs schlüpfen elegant durch das dornige Buschwerk, schweben bravourös über Stock und Stein. Hin und wieder brüllt ein Affe in der Ferne, einer, der seine Sippe vor feindlich gesinnten Blasrohren warnt und dann umgehend von dannen turnt. Die Wildbeuter sind kaum wählerisch, sie bräteln alles, was hier kreucht und fleucht. Aus der Sen-

ke röhrt das vielversprechende Gurren einer Hirschkehle. Guman verharret stoisch, pirscht bedacht voran, schnappt nach einem Giftpfeil aus seinem Bambusbehälter, setzt an und pustet scharf. Das Geschoss saust mit knapp 200 km/h auf die potenzielle Beute zu. Es raschelt in der Belaubung, der Hirsch spurtet davon. Guman wird spätabends nochmals vorbeischaun, denn sobald sich der auf die Pfeilspitze aufgetragene Saft vom javanischen Giftbaum in der Blutbahn des Opfers ausbreitet, bleiben ihm noch wenige Lebensstunden.

Für heute wars das. Die Nomadenfamilie spart Körperenergie, denn jegliche unnötige Aktivität muss wieder mit Eiweissen und Kohlehydraten kompensiert werden. Anstatt mit modernem Entertainment wie Tabak, Alkohol oder Netflix leben die Penan konstant im Moment. Sie wenden sich dem Feuer zu, der davon ausgehenden Wärme, dem natürlichen Licht. Der Blick in das Spektrum von Gelb bis Rot beruhigt den Geist: Lodern die Flammen, kommen die Gedanken zur Ruhe. Einfach nur sein.

Guman hat den Hirsch wie erhofft über Nacht geborgen. Einmal zerhauen und pechschwarz grilliert, bleiben die

Fortsetzung Seite 14



Fortsetzung von Seite 13

Tierhappen für eine Woche ohne den fehlenden Kühlschranks haltbar. Sodann beschliesst der fünfköpfige Waldrat, dass es sich anbietet, nun frisches Sagomehl zu fertigen – das kultige, stärkehaltige Verdickungsmittel der Penan. Dafür wandern sie zirka zwei Stunden über ausgetretene Holzfallerpfade und Buschwege hinunter ins Tal, zu einer ausgewachsenen Palme, die der Familienvater bereits Wochen zuvor ausgewählt hat. Am Ort des Geschehens fallen Guman und sein ältester Sohn Labo zusammen die 20 Meter hohe Palme, hacken den Stamm in kleinere Stücke und rollen diese runter zu einem kleinen Bach.

Sodann beginnt die eigentliche Mühlsal: Für mehrere Stunden picken die in Schweiß gebadeten Jungs nun feines Mark aus dem Trunk. Mutter Selina stampft dieses anschliessend mit Zugabe von Wasser barfuss durch einen Naturfaserteppich, bis nur noch eine feuchte Stärke übrigbleibt. Selina und ihre Jungs werden später die gewonnenen Klumpen über dem Feuer rösten, bis sie zu einem feinen Mehl gerieben werden können. Der Ertrag reicht der Familie etwa einen halben Monat. Eine Sisyphusarbeit. Guman legt dar, dass sie bei der Sago-Ernte nur wenige Palmen fällen würden, dabei lassen sie die grössten Stämme üblicherweise stehen. Nur so haben die Gewächse Zeit zu regenerieren. Noch gebe es mehr Sagopalmen in der Region, als sie essen können. Obwohl seine Familie jährlich zwei, drei Wochen in ihrem Weiler Long

Da'un residiert, um Reis und Bananen zu kultivieren, sind sie nicht darauf angewiesen. Denn der Nährwert von Sago ist mit dem von Reis vergleichbar, aber seine Gewinnung ungefähr doppelt so effizient.

Etwa 14'000 Penan bewohnen die Wälder Sarawaks. Die meisten sind entweder sesshaft oder zumindest halb sesshaft und leben zeitweise in kleinen verstreuten Dörfern, wo es Schulen gibt und die Väter vermehrt auf Ölpalmfeldern oder für die Holzindustrie arbeiten. Wer würde es ihnen verübeln, den Weg des geringeren Widerstandes zu gehen? Lediglich eine Handvoll Indigener wie die Familie Megut favorisiert nach wie vor das ungeschönte Nomadenleben, migriert zwischen verschiedenen Waldabschnitten ohne Zugang zu Bildung oder regulären Arbeitsmöglichkeiten, weil sich keine Sagopalme mehr in einem Umkreis von mehreren Marschstunden befindet, oder die Beutetiere wegen des Dauerrauchs vom Campfeuer abgezogen sind, kommt irgendwo an, zimmert sich eine neue behelfsmässige Bleibe und beginnt von vorn.

Weshalb hält die Familie von Guman und Selina an diesem Lebensstil fest? Sie kennen nur diesen einen, und darin sind sie die Koryphäen. Tagein, tagaus beweisen sie Schneid und üben sich dabei in mönchshafter Genügsamkeit. Ein glücklicher Magen reicht ihnen aus, um wunschlos alt zu werden. Kein Zweifel, die Familie Guman wird die kulturelle Identität und dieses heile Stückchen Welt im Herzen Borneos bis an ihr Lebensende behüten.

Zum Hintergrund. Die Ansiedlung nomadischer Penan korrespondiert mit dem apokalyptischen Waldmord der letzten Dekaden, der weitgehend zu folgendem Szenario führte: regionaler sowie globaler Temperaturanstieg durch die Verringerung natürlicher Kohlenstoffspeicherung, veränderte Niederschlagsmuster und extremere Wetterbedingungen, Biodiversitätsverlust und Destabilisierung vom Ökosystem sowie vermehrte Erosion.

Durch die Auswirkungen des Klimawandels ist die traditionelle Lebensweise der Penan erheblich unter Druck geraten. Die Abholzung ihres Waldes hat dazu geführt, dass lebenswichtige Nahrungsquellen, Jagdgebiete und Heilpflanzen verschwinden. Hinzu kommt, dass die Klimaveränderungen die Verfügbarkeit von Wasser und die Verlässlichkeit der saisonalen Wettermuster, auf die die Penan seit Generationen angewiesen sind, zunehmend unberechenbar machen, was das nomadische Leben stark erschwert.

Die veränderten klimatischen Bedingungen führen zudem zu einer Zunahme extremer Wetterereignisse, die das Überleben der Penan weiter gefährden. Ohne den Schutz des Waldes sind sie den Elementen stärker ausgesetzt, und ihre traditionellen Lebensgrundlagen werden zunehmend zerstört.

cs

Frieden fördern, Frieden fordern

Austausch und Diskussion mit Lea Suter, Expertin für Friedenskultur

Das Thema Krieg und Frieden ist allgegenwärtig. Die aktuellen Konflikte wühlen auf und zwingen vermeintlich dazu, sich eindeutig zu positionieren. Was dabei komplett in den Hintergrund gerät, ist die Frage, was diese bewaffneten Konflikte mit uns zu tun haben. Was könnten wir tun, um den Frieden zu fördern. Wie gehen wir mit Konflikten um: im Privaten, bei der Arbeit, in unseren Schulen, in der Wirtschaft, als Gesellschaft? Es geht um Aufbau und Pflege einer Friedenskultur. Was das ist und was dies für uns heissen könnte, wollen wir im Gespräch mit Lea Suter zu klären versuchen. Im Gespräch mit Pfarrer Christoph Ammann wird sie uns zuerst an ihren Erfahrungen und Gedanken teilhaben lassen. In einem zweiten, ko-kreativen Teil werden wir in Gruppen an diesen Fragen weiterdenken.

*Reformierte Kirche Zürich-Witikon,
Mittwoch, 23. Oktober 2024, 19:00
Uhr, Bistro HOCH3, Witikon-
strasse 283, Zürich.*



Montag, 25. November 2024

19.00 – 21.00 Uhr

Schweizerischer Friedensrat, Gartenhofstr. 7 in Zürich

Ansätze zu einer gewaltfreien Gesellschaft

Wie gestalten wir eine
gewaltfreie Gesellschaft?
Impulse, Diskussion.

Die Veranstaltung findet im Rahmen der internationalen Kampagne gegen Gewalt an Frauen statt, die vom 25. November bis 10. Dezember 2024 dauert.

Nähere Infos auf www.friedensrat.ch.



WILPF und Café Dona* laden ein:

SA, 7. Dezember 2024, 11-14 Uhr

BRUNCH (11.00) – FILM (12.00) – DISKUSSION (12.30)

BELLA – MIA

Film von Gertrud Pinkus, 26 Minuten

Die Geschichte zweier Liebenden, leicht und unterhaltend erzählt, doch mit den Stufen einer Gewaltspirale. Die Filmemacherin diskutiert mit dem Publikum: wären Wege aus der Gewalt möglich – wann und wie?

Ort: Clara Ragaz-Saal, Stauffacherstrasse 8/10, 8004 Zürich.
Tram 2, 3, 8, 9 und 14 bis Stauffacher.

Treffpunkt von Frauen für Frauen*, mit Migrant*innen und Schweizer*innen.

info@wilpfschweiz.ch – Infos: www.wilpfschweiz.ch

Semipalatinsk: das atomare Erbe

Vor 75 Jahren wurde in der kasachischen Steppe der erste sowjetische Atomwaffentest gezündet. Dieser löste eine Testreihe ein, die sich über eine Zeitspanne von vierzig Jahren zog. Seither fanden über 450 Atomwaffentests in Kasachstan statt. Die dramatischen Konsequenzen für Mensch und Umwelt sind bis heute spür- und sichtbar, und die Fragen nach einer atomaren Gerechtigkeit stellen sich heute dringlicher denn je. Die Autorin hat kürzlich eine Bildungsreise nach Kasachstan, organisiert von ICAN Deutschland, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der kasachischen Jugendorganisation Steppe Organization for Peace, durchgeführt, die sie nach dem Besuch der Hauptstadt Astana mit einer Nachtzugfahrt in die Stadt Semei (ehemals Semipalatinsk) führte.

/ Annegret Krüger /

Am 29. August 1949 – vor genau 75 Jahren – führte die Sowjetunion ihren ersten Atomwaffentest in den kasachischen Steppen der Semipalatinsk-Region (heute Abai-Region) durch. Mit diesem ersten Test wurde aus sowjetischer Sicht ein «nukleares Gleichgewicht»

mit den USA hergestellt. Der erste Test war gleichzeitig die folgenschwerste Testzündung in der Geschichte der sowjetischen Atomwaffentests, vor allem wegen des einsetzenden Regens und des mit ihm in den Boden gewaschenen radioaktiven Fallouts.

Über vierzig Jahre lang wurden auf dem Polygon (so der sowjetische Begriff für ein Gebiet, in dem Waffen getestet oder Militärübungen abgehalten wurden) mehr als 450 Tests durchgeführt. Zwischen 1949 und 1962 wurden atmosphärische, sprich oberirdische Tests durchgeführt, die für den grössten Teil der bis heute anhaltenden radioaktiven Kontamination verantwortlich sind. Ungefährte Schätzungen gehen von 1,5 Millionen Menschen aus, die auf irgendeine Art und Weise von den Atomwaffentests betroffen sind. 1991 wurde das Testgelände auch aufgrund des zivilen Engagements der Nevada-Semipalatinsk-Bewegung offiziell geschlossen, nachdem dort 1989 der letzte Test stattgefunden hatte.

Das ehemalige Testgelände erstreckt sich über eine Fläche von ca. 18'000 km², was in etwa der Grösse Sloweniens entspricht. Die Region wurde von sowjetischen Militärplanern ausgewählt, da sie abgeschieden von grossen Städten lag

und vermeintlich kaum bewohnt war. Während der jahrelangen Tests erfuhren die BewohnerInnen der Steppen am eigenen Leib die kurz- und langfristigen Folgen von nuklearen Explosionen. Die Strahlung vergiftete ihre Luft, ihr Wasser und ihre Nahrung und änderte damit ihr Leben unwiderruflich. Die Menschen in dieser Region, die letztlich alle Überlebende der Atomwaffentests sind, leben auch heute noch tagtäglich mit den unvorstellbaren Auswirkungen der Tests.

Menschliches Leid

Auch wenn sie für die einfache Beobachterin äusserlich gesund aussehen, leiden doch die allermeisten Betroffenen an verschiedenen mit Radioaktivität in Zusammenhang stehenden Krankheiten. Bis heute sterben viele Menschen, bevor sie ein hohes Alter erreichen, unter anderem bedingt durch vorzeitiges Altern. Gesundheitliche Folgen der Atomwaffentests spiegeln sich beispielsweise im erhöhten Vorkommen zahlreicher Krebsarten wider, darunter Leukämie, Lungenkrebs und Schilddrüsenkrebs, in der Rate an Kindern, die mit Behinderungen geboren werden, oder auch in einer Reihe verschiedener Atemwegserkrankungen.

So nachdrücklich haben sich die Atomwaffentests vor Ort eingeschrieben, dass es dafür gar einen eigenen medizinischen Begriff gibt: «Kainar-Syndrom» heisst das verbreitete Erscheinungsbild einer Kombination verschiedener Krankheiten, benannt nach dem kasachischen Dorf, in dem dieses am häufigsten auftrat. Für Frauen sind die gesundheitlichen Folgen noch einmal andere als für Männer. Sie sind oftmals von Brustkrebs sowie Fehl- und Totgeburten betroffen. Zudem bleibt die grosse Angst bei einer Schwangerschaft, dass die Kinder womöglich auch von den Folgen der Tests betroffen sein werden.

Atomare Versuchskaninchen

Neben diesen teils offensichtlichen Krankheiten stellen das hohe Aufkommen von Suiziden, vor allem während der Zeit der Atomwaffentests, und psychische Erkrankungen weitere Schattenseiten der Tests dar. Dutzende Men-



schen aus den umliegenden Dörfern in der Nähe des Polygons begingen jedes Jahr Selbstmord.

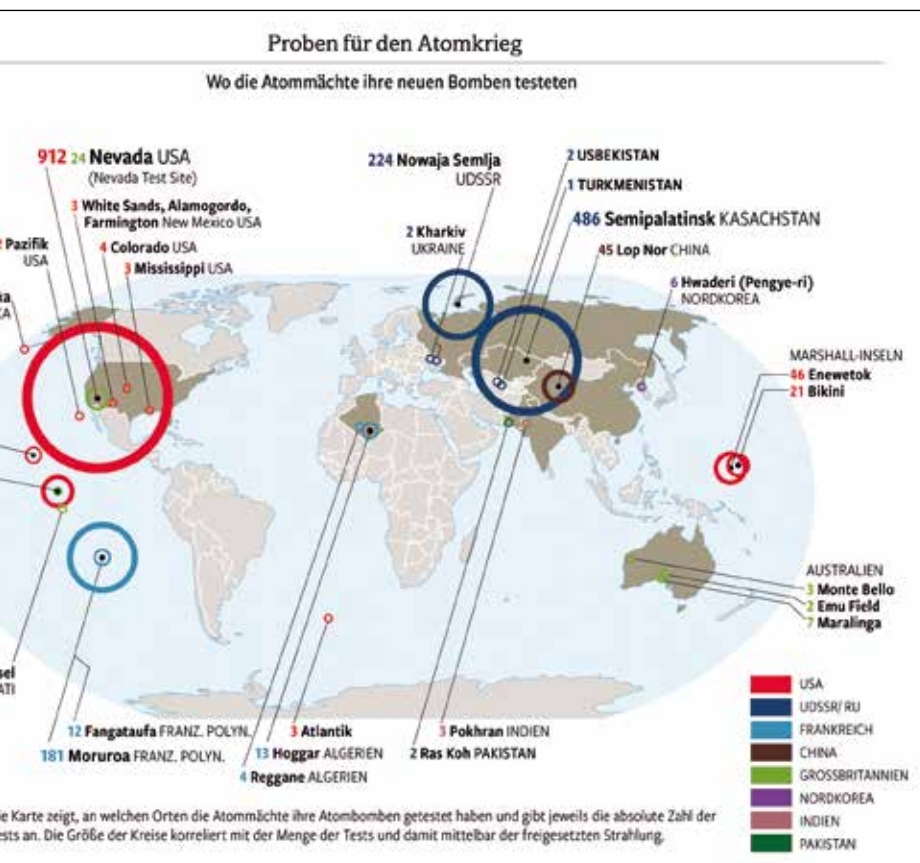
Die Menschen wurden nicht über die Atomwaffentests und über die möglichen Konsequenzen der Tests aufgeklärt. Dies geschah zunächst auch aus Unwissenheit der sowjetischen Militärangehörigen, die selbst die Folgen ionisierender Strahlung nicht verstanden. Im Laufe der Zeit begann die Sowjetunion allerdings, systematisch medizinische Daten dazu zu sammeln, während sie gleichzeitig öffentlich eine Gefährdung durch Strahlung als unbegründet abtat. So wurden Menschen in evakuierten Dörfern absichtlich zurückgelassen, um herauszufinden, wie Strahlung auf den menschlichen Körper wirkt.

Die Menschen hatten also keine Ahnung, dass sie als Versuchskaninchen verwendet wurden und einer extrem hohen Dosis an Strahlung ausgesetzt wurden. Ein Überlebender resümiert, dass sie lediglich als «biologisches Material» für Recherche- und wissenschaftliche Zwecke angesehen wurden. Doch durch Forschung konnte ein Zusammenhang zwischen der Strahlenexposition und der Entstehung von Strahlenangst (Radiophobie) und einer Zunahme sozialer Ängste festgestellt werden.

Kartierung der Verseuchung

Im heutigen Gebäude des «Research Institute of Radiation Medicine and Ecology», der medizinischen Universität in Semei, Kasachstan, befand sich eine der zwei geheimen sowjetischen Kliniken, die die Gesundheit der lokalen Bevölkerung überwachen sollte. Das sogenannte Dispensary No. 4 des sowjetischen Gesundheitsministeriums wurde 1957 gegründet, und das medizinische Personal sprach sich schon bald für ein sofortiges Ende der Tests aus. Die Klinik war jedoch lediglich für die Datensammlung und nicht für die Behandlung der kranken Menschen zuständig, obwohl sie über 10'000 Menschen untersuchte.

Auch heute noch dient das Institut überwiegend Forschungszwecken und



führt das staatliche medizinische Registrierungssystem, in dem bereits 373'686 betroffene Menschen von der ersten bis zur fünften Generation registriert wurden. Die traurige, aber notwendige Kartierung bildet die Grundlage für Forschungen im Hinblick auf Strahlung und deren Einfluss auf die Gesundheit und die Sterblichkeit in der betroffenen Bevölkerung, wie die kasachischen VertreterInnen bei der zweiten Staatenkonferenz der Mitgliedsstaaten des Atomwaffenverbotsvertrags berichteten.

Atomare Gerechtigkeit!?

Die kasachische Regierung hat nach dem Erlangen der Unabhängigkeit 1992 ein «Gesetz zum sozialen Schutz der von den Atomtests auf dem Semipalatinsker Atomwaffen-Testgelände betroffenen Bürger» verabschiedet. Darin wurden die kontaminierten Gebiete festgelegt und anhand der unterschiedlichen Höhe der Strahlenbelastung klassifiziert. Als Grundlage dienen die wenigen Dokumente, die noch auffindbar waren, beispielsweise in der sowjetischen Klinik Dispensary No. 4, oder die wenigen Informationen sowjetischer Ministerien, die zugänglich waren.

Den Menschen wurde daraufhin je nach Ort und Dauer des Aufenthalts in den betroffenen Gebieten eine einmalige

Entschädigung für durch die Atomwaffentests verursachte Schäden ausgezahlt. Menschen, die in den gesetzlich festgelegten Strahlenrisikogebieten leben und arbeiten, haben ebenfalls Anspruch auf zusätzliche Vergütung und zusätzlichen bezahlten Jahresurlaub. Frauen, die in diesen Gebieten leben, haben Anspruch auf zusätzlichen Schwangerschafts- und Entbindungsurlaub. Kinder von Menschen, die in den Jahren 1949 bis 1990 in den betroffenen Gebieten gelebt, gearbeitet oder gedient haben, können nach dem Gesetz als Opfer von Atomwaffentests anerkannt werden und haben Anspruch auf die entsprechenden Sozialleistungen, sofern sie an Behinderungen oder Krankheiten leiden, die mit der Exposition gegenüber ionisierender Strahlung in Zusammenhang stehen, und sofern ein kausaler Zusammenhang zwischen ihrem Gesundheitszustand und der Tatsache besteht, dass sich ein Elternteil in Strahlenrisikogebieten aufgehalten hat. Personen mit Behinderungen im Zusammenhang mit der Strahlenexposition bei Atomtests und deren Folgen haben Anspruch auf monatliche Invalidenbeihilfen. Weitere finanzielle Unterstützungsmassnahmen sind höhere Renten, eine kostenlose oder subventionierte Gesund-

Fortsetzung Seite 18



Das frühere Testgelände in Semipalatinsk heute.

Fortsetzung von Seite 17

heitsversorgung oder Ermässigungen für öffentliche Verkehrsmittel.

Keinerlei Schutzausrüstung

So weit die Theorie, denn in der Praxis gibt es genau mit der Anwendung dieser Ansprüche viele Schwierigkeiten. Ein kausaler Zusammenhang zwischen Krankheit und Strahlungsexposition ist nicht immer eindeutig nachweisbar. Soldaten stehen vor der Herausforderung, dass sie nicht immer beweisen können, dass sie auf dem Testgebiet gearbeitet haben, da dies ein streng geheimes Unterfangen war. Diese Soldaten hatten im Gegensatz zu den sowjetischen Wissenschaftlern oftmals keinerlei Schutzkleidung oder -ausrüstung. Hinzu kommt, dass Menschen, die die betroffenen Gebiete verlassen haben, keinen Anspruch auf Sozialleistungen haben.

Die grösste Hürde liegt jedoch darin, dass die Leistungen vor allem Personen gewährt werden, die eine offizielle Bescheinigung über ihren Status als Strahlenopfer erhalten haben. Solche Bescheinigungen werden nur nach einem akribischen Antragsverfahren ausgestellt, das die Vorlage von Dokumenten einschliesst, die den Wohnsitz des Antragstellers in den betroffenen Gebieten zwischen 1949 und 1990 bestätigen. Ein Grossteil der Betroffenen ist nicht im Besitz der erforderlichen Bescheinigung und erhält folglich keine Leistungen.

Generationenübergreifendes Trauma

Über die verschiedenen Generationen hinweg haben sich teilweise neue Krankheiten entwickelt oder es sind seltene Krankheiten aufgetreten, die nicht in der Liste der Krankheiten im Gesetz aus dem Jahr 1992 aufgeführt sind. Auch dann ist ein Anspruch schwierig durchzusetzen. Es gibt Berichte von Betroffenen, dass das medizinische Personal manchmal keine angemessene medizinische Versorgung leisten könne, da diese selbst nicht wissen würden, an welchen Krankheiten die Menschen litten, gerade auch in den dörflichen Gegenden. Es zeigt sich, dass das Gesetz von 1992 eine Massnahme darstellt, die für ihre Zeit gut war, nun aber fast dreissig Jahre später hoffnungslos veraltet ist.

Die heimlich gesammelten Daten der Sowjetunion wurden nach deren Zusammenbruch nach Russland gebracht, seither wurden die Anfragen der kasachischen Regierungen auf Zugang zu diesen Daten stets abgelehnt. Mehr als dreissig Jahre nach dem letzten Atomtest haben kasachische WissenschaftlerInnen zwar ein besseres Verständnis der Auswirkungen der sowjetischen Atomtests auf die Umwelt und die Gesundheit der Menschen, dennoch sind immer noch einige Fragen offen, gerade zu den langfristigen Auswirkungen auf künftige Generationen.

Daher fordern Überlebende mehr Forschung, eine bessere Entschädigung, den Zugang zu wichtigen Dokumenten,

eine Anpassung des «Opfergesetzes» – letztlich eine umfassende (nukleare) Gerechtigkeit, wobei sowohl die betroffenen Menschen als auch die Umwelt mitbedacht werden müssen. Es ist offensichtlich, dass das atomar verursachte Trauma generationenübergreifend ist.

Kasachstan als internationaler Abrüstungschampion

Auf der internationalen Bühne hat sich Kasachstan seit längerer Zeit als «Abrüstungschampion» etabliert. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion erlangte Kasachstan seine Unabhängigkeit 1991 und entschied sich dazu, die sowjetischen Atomwaffen aufzugeben. Dies stellt mitnichten eine Selbstverständlichkeit dar, sondern war Ergebnis eines langen Verhandlungsprozesses unter anderem mit Russland und den USA über Sicherheitsgarantien. Drei Szenarien standen im Raum:

1. die Atomwaffen zu behalten, auch wenn Kasachstan keine Befehlsgewalt über diese hatte,
2. die gemeinsame Kontrolle über das Atomwaffenarsenal mit Russland oder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) oder
3. ein atomwaffenfreies Kasachstan.

In instabilen politischen Zeiten und eingeschlossen von zwei nuklearen Mächten – Russland und China – entschied sich Kasachstan für den atomwaffenfreien Weg, auch um internationale Anerkennung zu erhalten, und zeigt damit, dass der Verzicht auf Atomwaffen die nationale Sicherheit erhöhen kann.

Offensichtliche Diskrepanz

Schon zwei Jahre später erfolgte die kasachische Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrags im Dezember 1993 im Gegenzug für die Unterzeichnung des Budapester Memorandums über Kasachstans Sicherheitsgarantien. Seit 2006 gehört Kasachstan mit anderen zentralasiatischen Ländern zur zentralasiatischen atomwaffenfreien Zone, deren Vertrag symbolisch in Semei bzw. Semipalatinsk unterzeichnet wurde. Zum 70. Jahrestag des ersten sowjetischen Atomwaffentests ratifizierte Kasachstan den Atomwaffenverbotsvertrag.

Kasachstan setzt sich für den weltweiten, vollständigen Verzicht auf Atomwaffen bis 2045 ein, dem hundertsten Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki und der Gründung der Vereinten Nationen. In dem Bemühen, eine bereite Auseinandersetzung

zum weltweiten Erbe von Atomwaffentests und -einsätzen zu erreichen, initiierte Kasachstan 2023 eine UNO-Resolution in der Generalversammlung zum Thema Opferhilfe und Umweltsanierung, die erfolgreich verabschiedet wurde. Weiter stellt Kasachstan den Präsidenten der anstehenden Vorbereitungskonferenz der nächsten Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags und hat den Vorsitz der dritten Vertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags für 2025 inne. Heute ist der 29. August der internationale Tag gegen Atomversuche, wie er von den Vereinten Nationen auf Kasachstans Initiative hin verabschiedet wurde. Für aufmerksame LeserInnen wird hierbei eine deutliche Diskrepanz sichtbar, wie sich Kasachstan international präsentiert und wie es gleichzeitig mit den eigenen Überlebenden umgeht.

Wismut: Uranabbau in der DDR

Die nukleare Kette der Atomwaffentests in Kasachstan reicht bis nach Deutschland, genauer in die ehemalige DDR. Dort wurde 1946 im sächsischen Erzgebirge und in Ostthüringen begonnen, Uranerz abzubauen. Damit mutierte die DDR zum wichtigsten Uranlieferant für das sowjetische Atomwaffenprogramm und half dabei, dass 1949 die erste sowjetische Atomwaffe in Semipalatinsk getestet werden konnte. Die sowjetische Führung verlieh dem geheimen Uranabbau den Tarnnamen Wismut (ebenfalls ein Schwermetall), was die Förderung von Uran verschleiern sollte. Zwischenzeitlich war die DDR der viertgrösste Uranproduzent der Welt. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion endete 1990 auch die Förderung in der DDR und aus der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft wurde die Wismut GmbH, die bis heute die kontaminierten Flächen saniert. Insbesondere die Renaturierung und das Reinigen des Grundwassers dauern nach wie vor an. Man geht davon aus, dass dies erst 2035 beendet sein wird.

Die Folgen des Uranabbaus für Natur und Mensch sind auch hierzulande bis heute spürbar. Die Bergarbeiter erlitten gesundheitliche Schäden durch die Strahlung oder kamen sogar zu Tode, häufig kam es zu Grubenunfällen und -bränden. Durch das Einatmen schädlicher Partikel, die in der Lunge verblieben, kam es noch Jahre später zu Mutationen und dadurch zu Krebserkrankungen. 1956 wurde zum ersten Mal die Strahlenbelastung der lokalen Bevölkerung untersucht, jedoch wur-

den die Ergebnisse zunächst unter Verschluss gehalten. Seit 1993 führt das Bundesamt für Strahlenschutz die sogenannte Wismut-Studie durch, die eine der weltweit grössten Kohortenstudien darstellt. Dabei werden ca. 59'000 männliche Bergarbeiter untersucht, die Ergebnisse werden in regelmässigen Abständen veröffentlicht.

Lungenkrebs bei Bergarbeitern

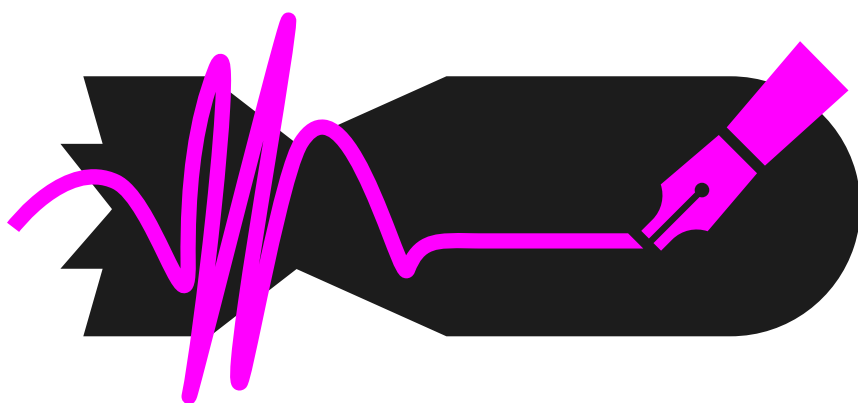
Die Studie zeigt, dass die Lungenkrebssterblichkeit bei den Wismut-Bergarbeitern 2,4-mal höher als in der Allgemeinbevölkerung ist. Bis heute kommen immer neue Lungenkrebsfälle hinzu. Zudem steigt das Risiko, an Leukämie zu erkranken. Die Studie stellt weiter fest, dass nicht nur die Radon-, sondern auch die Quarzfeinstaubexposition zu einem deutlichen Anstieg des Lungenkrebsrisikos bei den ehemaligen Wismut-Beschäftigten führt. Ausserdem konnte ein sehr starker Anstieg der Sterblichkeit an Silikose (Quarzstaublunge) festgestellt werden.

Weiter beschäftigen die sowjetischen Atomwaffentests auch immer wieder deutsche Gerichte. Dabei geht es oftmals um sogenannte (Spät-)AussiedlerInnen, die sich in der Nähe des Atomwaffentestgeländes in Kasachstan aufhielten. Die Gerichte müssen darüber entscheiden, ob aufgrund der gesundheitlichen Schäden durch den Aufenthalt in Kasachstan Beschädigtenversorgung bzw. -rente gezahlt werden muss.

Schlussfolgerungen

Die atomare Kette greift also auf unterschiedliche Weise bis in das heutige Deutschland und zeigt, warum uns auch hier die sowjetischen Tests etwas angehen sollten. Aufgrund ihrer humanitären Auswirkungen und Risiken für die gesamte Menschheit gibt es keine andere Schlussfolgerung, als Atomwaffen abzuschaffen. Denn solange es Atomwaffen gibt, besteht auch die Gefahr eines Einsatzes. In der kasachischen Gesellschaft erfahren die Menschen aus den betroffenen Gebieten bis heute Stigmatisierungen. Dennoch sind die Geschichten der Überlebenden vor allem Geschichten einer unfassbaren Resilienz. Für ihre Heimat haben sie grosse Zukunftspläne. Sie sind weit mehr als Überlebende, sie sind AkteurInnen – so habe ich das auf der Recherchereise zu diesem Beitrag erlebt. Ihre Geschichten sollten uns als Warnung dienen in einer Zeit, in der Atomwaffen erneut unhinterfragt als Sicherheitsgarant gelabelt werden. Die anhaltenden Auswirkungen der sowjetischen Tests auf die Region sollten PolitikerInnen weltweit als Erinnerung an die hohen Kosten von Atomwaffenprogrammen für Mensch und Umwelt dienen.

Annegret Krüger ist Friedens- und Konfliktforscherin und arbeitet beim Netzwerk Friedenskooperative. Zudem ist sie Vorsitzende des Frauennetzwerks für Frieden e.V. Dieser Beitrag ist in der Zeitschrift *Wissenschaft & Frieden* 3/2024 erschienen, die Untertitel stammen von der Redaktion.



ATOMWAFFENVERBOTSINITIATIVE

Dieser **FRIEDENSZEITUNG** liegt der Unterschriftenbogen für die Anfang Juli 2024 lancierte Volksinitiative «Für den Beitritt der Schweiz zum Vertrag der Vereinten Nationen über das Verbot von Atomwaffen» bei. Bitte unterschreiben und an die Allianz für ein Atomwaffenverbot, Postfach, 8031 Zürich, zurückschicken. Der Allianz gehört auch der Schweizerische Friedensrat an. Weitere Unterschriftenbogen zum Sammeln sind bei uns erhältlich: info@friedensrat.ch.

Die Möwe in der Schlucht

Anton Tschechow war gegen politische Revolutionen, hingegen wies sein schriftstellerisches Selbstverständnis durchaus revolutionäre Züge auf. In seinen Kurzgeschichten konzentrierte er sich auf das Wesentliche, in seinen Theaterstücken, die er oft als Komödien bezeichnete, auch wenn sie nichts Komisches an sich haben, stellte er die Menschen in ihrem Alltag, der oftmals alles andere als komisch war, in den Mittelpunkt. Mit seiner zurückhaltenden, nicht wertenden Erzählweise übte er grossen Einfluss aus auf die Entwicklungen der Kurzgeschichten und des Schauspiels, wie Michail Schischkin in seinem Essay ausführt, in dem er am Beispiel Tschechow aufzeigt, wie politisch die Literatur sein kann und dass sie uns auch heute noch einiges zu sagen hat.

/ Michail Schischkin /

Nach dem geschwätzigen Dostojewski und nach Tolstoi, der sich nicht einmal in die längsten Sätze hineinzwängen konnte, verlieh Tschechow der Kurzgeschichte die volle Gleichberechtigung im Reich der Literatur. Nur das Wichtigste sollte im Text stehen, alles Überflüssige sollte weggeschnitten werden – als Gärtner wusste er, dass es für eine gute Ernte notwendig ist, überflüssige Triebe und Blüten abzuschneiden.

Die Zurückhaltung, die Verschwiegenheit des Autors lassen dem Leser, der Leserin Raum für Zusammenarbeit. Durch dieses Vertrauen erschafft Tsche-

chow seine Leserinnen und Leser. Passive KonsumentInnen verwandelt er in Co-AutorInnen, ohne die das «Wunder der Prosa» unmöglich wird. Einem Tschechow-Leser muss man nicht alles erklären. Thomas Mann, der Autor monumentaler Wälzer, widmete 1956 seinen letzten Text Tschechow und beklagte, dass er Tschechows Kunst des Verschweigens erst so spät entdeckt habe: Er vertraue, so Mann, dass der Leser die in der Erzählung fehlenden, unterdrückten «subjektiven», das heisst bekennenden Elemente, die sittliche Stellungnahme schon selbst ergänzen werde.

Tschechow ist als Autor nicht Richter über seine Figuren, sondern Zeuge; der Leser, die Leserin sind jene, die das Urteil fällen. Die berühmt-berüchtigte Tschechow-Pistole, die am Anfang einer Geschichte oder eines Theaterstücks auftaucht, wird natürlich losgehen, aber der Abzug muss vom Leser-Zuschauer betätigt werden.

Tschechow enthüllte die Verschwörung der Worte: Sie verhindern das Verstehen. Liebende schweigen, um Gefühle nicht mit Worten zu verletzen. Wer über Liebe schreibt, darf das Wort «Liebe» nicht verwenden. Abgenutzte Worte verschleichen die Gefühle. Man muss mit den «falschen» Worten durchdringen, um wahre Gefühle zu vermitteln. Tschechow hat diese Grundlagen des Schreibens in die Literatur eingebracht.

Über Tschechow wurde gesagt, seinen Texten fehle der tiefere Inhalt, den Tolstoi und Dostojewski haben. Zinaida

Gippius (1869–1945) urteilte: «Dasein ohne Sein», und meinte damit, dass es bei Tschechow um den grauen Alltag geht, um das Irdische, aber nicht um das Existenzielle. Das Gegenteil trifft zu: Tschechows Figuren straucheln im Alltag, aber was sie eigentlich quält, ist das Sein. Vladimir Nabokov (1899–1977) sagt es so: «Alle Geschichten Tschechows sind ein ständiges Stolpern, aber die Person, die darin stolpert, ist jemand, der in die Sterne blickt.»

Bei Tschechow dreht sich alles um das Sein, dessen einzige Existenzform der graue Alltag ist. Sein Bluthusten beseitigte die Illusion der eigenen Unsterblichkeit. Mit der Schwindsucht sass der Tod bei ihm am Schreibtisch. Demzufolge geht es in allen Werken Tschechows um das Leben angesichts des Abschieds. Wenn seine Charaktere vermeintlich über Unsinn sprechen, handelt es sich tatsächlich um Gespräche über die wichtigsten Dinge, über das menschliche Schicksal, über die Notwendigkeit, die verbleibenden Jahre in Würde zu leben.



Sein neues Verständnis von Prosa führte Tschechow zu einer anderen Kunst, die mit Worten arbeitet: zum Theater. Shakespeare hätte, nachdem er *Die Möwe* oder *Drei Schwestern* durchgeblättert hätte, wohl erklärt, dass der Autor nichts von der dramatischen Kunst verstehe. Diese Nicht-Theatralität des «inkompetenten Dramatikers» fiel vielen auf.

Nabokov hielt in seiner Vorlesung über Tschechow fest: «Und ich glaube auch, dass er mit der Kunst der Dramaturgie nicht genügend vertraut war, dass er nicht genügend Stücke studiert hatte, dass er nicht genügend Ansprüche an sich selbst stellte, was einige der technischen Methoden dieses Genres betraf.» Der Nobelpreisträger Iwan Bunin (1870–1953) schrieb seinem Kollegen Mark Aldanow (1886–1957) – die beiden Autoren führten in der Emigration einen Briefwechsel – über Tschechows Theaterstücke: «Seine Stücke sind mir immer fast verhasst gewesen. Ach, Tolstoi, Tolstoi!»



Michail Schischkin

Der russisch-schweizerische Schriftsteller und Publizist Michail Schischkin (geboren 1961 in Moskau) kam 1995 in die Schweiz und lebt heute mit seiner Frau Evgeniya Schischkina und den Kindern in Kleinlützel (SO). Schon lange vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat sich Schischkin in zahlreichen Essays zu Putin und den gefährlichen Entwicklungen in Russland geäussert.

Seit dem 24. Februar 2022 ist er ununterbrochen schreibend und informierend unterwegs. Für die **FRIEDENSZEITUNG** hat er in der Ausgabe Nr. 44 vom März 2023 einen Essay zu russischen Soldaten in Internierungslagern in der Schweiz 1945 sowie in der Nr. 47 vom vergangenen Dezember einen zu Domenico Trezzini, dem Schweizer Architekten von Peter des Grossen, verfasst.

Bunins Urteil deckte sich mit jenem von Tolstoi, er bezog sich dabei auf Alexej Sergejewitsch Suworins (1934–1912) Tagebuch, wo Suworin Tolstois Meinung über *Die Möwe* nach einem Theaterbesuch im Februar 1897 wiedergegeben hatte: «Tschechows *Die Möwe* ist Unsinn, wertlos ... *Die Möwe* ist sehr schlecht ... Das Beste darin ist der Monolog des Schriftstellers, das sind autobiographische Züge, aber im Drama sind sie hier völlig unnötig.» Kritiker des Dramatikers Tschechow rühmten zwar den Prosaautor, glaubten jedoch, dass es sich bei den Theaterstücken um seine Kurzgeschichten handelte, die ungeschickt auf die Bühne geschmiert wurden.

Natürlich hätte Tschechow die Stücke «richtig» schreiben können, doch darin sah er keinen Sinn. Für ihn galt: Ein Künstler hört auf, ein Künstler zu sein, wenn er rückwärts geht. Tschechow war jedoch seiner Zeit voraus, also mussten ihn das Theater und das Publikum einholen. Dass das Moskauer Künstlertheater sein kreatives Know-how von der Prosa auf die Bühne übertrug und damit den Weg zur Kunst des 20. Jahrhunderts öffnete, war sein Glück.

In der Kunst der Dramaturgie sind Dialoge ein Mittel, um die Handlung voranzutreiben und Informationen zu übermitteln. Tschechows Dialoge handeln von nichts. Die drei Schwestern wollen nach Moskau, gehen aber nirgendwo hin, weil sie auf Godot warten. In Tschechows Prosa wird den Worten alles Wichtige entzogen, es geschieht zwischen den Zeilen – in die Sprache des Theaters übersetzt, fehlt alles Wichtige auf der Bühne, um im Zuschauer Raum wieder aufzutauchen. Auf der Bühne – der graue Alltag. Im Zuschauer Raum – die Existenz, das Sein. Wen wundert es noch, dass Tschechow im 21. Jahrhundert, gemessen an der Zahl der Theaterproduktionen weltweit, nach Shakespeare an zweiter Stelle steht?



Zu Tschechows Zeiten verlieh die Öffentlichkeit Autoren für das Schreiben von Romanen und für den Dienst am Volk den Titel eines «russischen Schriftstellers». Von ihm wurde erwartet, dass er diesen Verpflichtungen nachkommt. Etablierte Schriftsteller rieten dem Jungtalent beharrlich, die Kurzgeschichten aufzugeben und sich stattdessen an eine wirklich grosse Prosa zu setzen. Tschechow begann mit 27 einen Roman und



Titelblatt der ersten Buchausgabe (1901) der *Drei Schwestern*.

quälte sich mehrere Jahre damit herum. Allmählich gestand er sich seine Niederlage ein. Im Oktober 1888 schrieb er an Maestro Dmitri Wassiljewitsch Grigorowitsch (1822–1900): «Wenn der Roman schlecht herauskommt, ist mein Fall für immer verloren.» Schliesslich akzeptierte er die Niederlage – als Sieg. Als Tschechow die Idee eines Romans aufgab, fand er zu sich selbst. Heute liest die Welt Tschechows Kurzgeschichten und weiss nichts von Grigorowitschs Romanen.

Man wollte Tschechow nicht verzeihen, dass er dem Volk nicht gedient hatte. Nicht nur seine Feinde, sondern auch seine Freunde warfen ihm vor, dass er nirgendwohin «ruft» oder «führt». Das Fehlen einer «Ideologie» war für die russische Intelligenz ein schwerer Vorwurf. Im März 1890 nannte die Zeitung *Russkaja mysl* (Russisches Denken) Tschechow «einen Priester des prinzipienlosen Schreibens». Dies verletzte ihn. Er schrieb an den Herausgeber von *Rus-*

sisches Denken: «Ihre Anschuldigung ist Verleumdung. Dass nach Ihrer Anschuldigung nicht nur Geschäftsbeziehungen, sondern auch eine gewöhnliche flüchtige Bekanntschaft zwischen uns unmöglich ist, ist selbstverständlich.»

Tschechow lebte in einer Gesellschaft, in der es eine Schande war, gut zu leben, in einer Atmosphäre glühender moralischer Askese. Verlangt wurden Leiden, Prüfungen. Man musste dem Volk dienen. Die Gesellschaft erhob Anklage gegen Tschechow, und er musste in einer Sprache antworten, die für die «fortschrittliche Intelligenz» verständlich war. Der 30-Jährige reiste jedoch ans Ende der Welt zu den Ausgestossenen auf der Gefangeneninsel Sachalin. Weshalb gerade an diesen Tiefpunkt des russischen Lebens? «Sachalin ist ein Ort des unerträglichen Leidens, zu dem der Mensch fähig ist», wird er später schrei-

Fortsetzung Seite 22



Eine Redaktionssitzung des *Budilnik*. Tschechow ist als zweiter von links zu sehen.
Eine Zeichnung aus dem Jahr 1885.

ben. Und weiter: «Die verklärten Sechziger haben nichts für die Kranken und Gefangenen getan und damit gegen das Hauptgebot der christlichen Zivilisation verstossen. [...] Nicht die Aufseher sind schuld, sondern wir alle, aber es ist uns egal, es interessiert uns nicht.»

Diese Reise ist also eine Deklaration, wie sie sich für einen russischen Schriftsteller gehört: Die Kunst weicht einem Schuldgefühl gegenüber den Menschen, gegenüber all dem Leid und den Benachteiligten. Die Sünde eines «wohlgenährten und sauberen» Lebens muss gesühnt werden. Die Karriere eines erfolgreichen Hauptstadtschriftstellers war etwas, wofür man sich schämen musste.

In Sachalin erfährt Tschechow nichts Neues über Russland, und was er gesehen hat, hinterlässt in seiner Prosa und seinen Theaterstücken kaum Spuren. Die wichtigste Konsequenz für seine Arbeit ist, dass er anfängt, Blut zu husten. 11'000 Werst (1 Werst entspricht in etwa 1 Kilometer) ohne Eisenbahn zu den Verlorenen und Sterbenden zu reisen, ist Gebotserfüllung. *Sachalin* – der Reisebericht erschien 1895 – ist kein Buch zum Lesen. Und schon gar nicht das Buch eines Schriftstellers – es ist die Erfüllung eines Gelübdes. Eine Antwort auf öffentliche Anschuldigungen. Ein Schutzbrief. Ein Freispruch für sich selbst.



Der Alltag, der das Sein nicht aufkeimen lässt, ist Russland. Seine Gedanken brachte Tschechow etwa mit den

Worten des Doktor Astrov (im Drama *Onkel Wanja*) zum Ausdruck: «Im Allgemeinen liebe ich das Leben, aber ich kann unser Leben nicht ertragen, unser Spiesserleben, und ich verachte es mit der ganzen Kraft meiner Seele.»

Für Hoffnung waren in der russischen Literatur in der Regel ungebildete Bauern, «Turgenjew-Mädchen» und die revolutionäre Intelligenz verantwortlich. Mit Tschechows Werken kam der Glaube an das Volk, die russische Frau und die Revolution ins Stolpern. Von früher Kindheit an wusste Tschechow, wie das russische Leben aufgebaut war – auf Lügen, Grobheit und Gewalt. Das verletzte ihn, ein Leben lang. Tschechow machte sich keine Illusionen über das «russische Volk», das von den Intellektuellen und Revolutionären, die sich für seine Befreiung opferten, vergöttert wurde: «Die Unverschämtheit und Trägheit der Starken, die Unwissenheit und der bestialische Zustand der Schwachen, schreckliche Armut, Unterdrückung, Degeneration, Trunkenheit, Heuchelei, Betrug überall.» (*Die Stachelbeeren*)

Tschechows Frauen rochen nach russischem Leben. Er war der Erste in der russischen Literatur, der es wagte, das romantische Bild der Frau zu zerstören, indem er sie fast zynisch vom Podest warf. Der Philosoph Lew Schestow (1866–1938) nannte ihn wegen seines realistischen Blicks auf die Menschen «ein gnadenloses Talent».

Tschechow verachtete sowohl die Macht als auch die Sklaven gleichermaßen. «Russland ist ein Land von abscheulichen Staatssklaven. Wir sind von Unter-

würfigkeit und Heuchelei durchtränkt. Unsere Selbstgefälligkeit und Eitelkeit sind europäisch, aber unsere Entwicklung und unser Handeln sind asiatisch.» Seine medizinische Diagnose (Tschechow war Arzt): Das Land ist an Sklaverei in ihrer schlimmsten Form erkrankt – an unbewusster Sklaverei, an Sklaverei, die sowohl die Worte als auch den Körper durchdringt. Sklaverei ist wie Haut – es gibt keine andere, wir wurden darin geboren, wir leben in ihr.

Für Tschechow ist das Schlimmste an den Menschen ihre unschuldige, kindliche Unfähigkeit, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden. Wundervolle junge Menschen wollen Russland und die Menschheit vom Despotismus befreien, sie wollen den Menschen Freiheit und Güte bringen – und sie werfen Bomben. So wie in *Ich will schlafen* ein müdes junges Kindermädchen ein Kind erwürgt, so wird Russland, während es eine glückliche, strahlende Zukunft aufbaut, später Millionen seiner Kinder im Gulag erwürgen. Zuvor wird die Dichterin Zinaida Gippius, nachdem sie von der Ermordung der Zarenfamilie erfahren hat, in ihr Tagebuch schreiben: «Der graue Oberst tut mir nicht leid.»

Die 1892 erschienene Erzählung *Krankenzimmer Nr. 6* hinterliess einen bedrückenden Eindruck. Wahrscheinlich fühlte sich jede Leserin, jeder Leser in einer Zelle eingesperrt. Nikolai Leskows (1831–1895) Verdikt lautete: «*Krankenzimmer Nr. 6* ist Russland, das ist Rus'!» Auch die Erzählung *In der Schlucht* dürfte diesen Eindruck hervorgerufen haben. Hier kennen die Menschen den Unterschied zwischen Gut und Böse, Wahrheit und Unwahrheit, Verbrecher und Polizei, Verwandten und Feinden nicht. Demzufolge leiden sie nicht an Gewissensbissen, sie gehen in die Kirche, aber sie kennen kein Mitgefühl. Die Schwachen müssen erledigt werden. Es gibt keine Nächsten, oder besser gesagt, die Nächsten sind die eigentlichen Feinde, und um unter Feinden zu überleben, ist alles erlaubt. So ist die Welt in der russischen Schlucht aufgebaut – nach dem Recht des Stärkeren. Das Leitmotiv der Geschichte lautet: «Alle sind von der Unwahrheit durchdrungen.» Die russischen Menschen sind verdorben, vom Leben korrumpiert und zu allem Bösen bereit.

In der *Schlucht* leben Menschen, die noch nicht Mensch geworden sind, die nicht sein sollten, aber sie sind. Sie befinden sich in einem Land, das nicht sein

sollte, aber es ist. Das Böse, das nicht existieren sollte, es existiert. Russland ist in der Schlucht. Niemand braucht jemanden. Wenn jemand jene bemitleidet, die keine Menschlichkeit gelernt haben, ist es nur der Autor. Das Dorf Uklejewo ist ein Symbol für Tschechows Russland. Nur Tschechows Russland?



Nachdem die russische Geschichte eine weitere Runde gedreht hat, ist Tschechow aktueller denn je. Wie zu Tschechows Zeiten ist das ganze russische Leben, von morgens bis abends, eine Demütigung der Menschenwürde. Aber was ist zu tun? Wie kann man in der russischen Schlucht leben und dabei sein Selbstwertgefühl bewahren? Und die Frage aller Fragen: Wie kann man dem Bösen widerstehen?

Die Antwort des «fortschrittlichen» Teils der russischen Intelligenz lautet damals wie heute: Das gute Volk muss von der schlechten Regierung befreit werden. Um eine demokratische Gesellschaft im Land aufzubauen, «haben sie Russland an die Axt gerufen». Im Kirschgarten der gleichnamigen Komödie klappern die Äxte. Dieselben Äxte werden in ein paar Jahren die neuen Eigentümer und Datscha-Besitzer abschlagen.

Doch Tschechow hält diejenigen, die glauben, dass das Volk gut und die Regierung böse ist, für blind. Menschen, die in der Unwahrheit leben und nicht wissen, wie sie anders leben sollen, werden dies unter jeder Regierung tun und so über Generationen hinweg einen Kreislauf des Bösen und der Gewalt schaffen. Wenn man einem Sklaven die Freiheit gibt, wird er ein Aufseher über andere Sklaven sein wollen. Man muss ihm die Möglichkeit geben, sich aus der Sklaverei in sich selbst zu befreien, «den Sklaven tropfenweise aus sich herauszupressen» (wie es Tschechow in einem Brief an Alexej Suworin, 1834–1912, formuliert).

Tschechow war angewidert von dem revolutionären Bewusstsein, der vereinfachenden Unterteilung der Welt in Freunde und Feinde: Wir und die anderen, Gut und Böse. An Suworin schrieb er weiter: «Die weite Welt ist gut. Nur eines ist nicht gut: wir. Wie wenig Gerechtigkeit und Demut wir haben.»

Tschechow beendet die Erzählung *Lichter* mit den Worten: «Man

kann nichts auf dieser Welt verstehen.» Dieses Eingeständnis des Unverständnisses, der Unkenntnis der Wahrheit ist eigentlich eine Herausforderung, eine Kampfansage. Der Schriftsteller stellt sich denjenigen entgegen, die behaupten, die einzige Wahrheit zu kennen und zu ihr zu führen.

Tschechow verteidigte das Recht, nicht zu verstehen, die Wahrheit nicht zu kennen, er verteidigte die Freiheit des Individuums und wandte sich gegen das totalitäre Bewusstsein, das sich sowohl in der patriarchalisch gesinnten Bevölkerung als auch bei der Intelligenz zusammenbraute. Er hasste die engstirnige, böswillige Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, rebellierte gegen die Diktatur des «fortschrittlichen» Teils der Gesellschaft, der anderen seine Geschmäcker, Meinungen, Bewertungen, Vorstellungen von Gut und Böse aufzwingen nach der Devise: Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Seine Texte sind voller Abscheu vor Ideologien, Weltanschauungen, voller Hass auf Denkmuster, Stereotype. Lew Schestow bemerkte in seiner Arbeit über Tschechow: «Selbst bei Tolstoi, der ebenfalls keinen grossen Wert auf philosophische Systeme legte, trifft man nicht auf eine so ausgeprägte Abneigung gegen alle möglichen Weltanschauungen und Ideen wie bei Tschechow.»



Anton Tschechow (1860–1904), 1889.



Tschechow akzeptierte keine Parteinahme, er akzeptierte es nicht, wenn ein Mensch sich in einer gemeinsamen Idee auflöste, wenn er um einer Idee willen aufhörte, er selbst zu sein. Er sah, wie junge, wunderbare Menschen von den schönsten Ideen besessen und zu fanatischen Mördern wurden. Eugène Ionesco (1909–1994) hatte zu Tschechows Zeit sein Bild von den Nashornmenschen noch nicht geschaffen, aber Herden dieser Nashörner brüteten und grasten bereits in der russischen Ebene, und wenige Jahre nach dem Tod des Russen würden sie in einem blutigen Bürgerkrieg aufeinandertreffen.

Junge Menschen seiner Generation fanden eine höhere Wahrheit darin, ihrem eigenen Staat den Krieg zu erklären. Nach der Explosion im Winterpalast im Februar 1880 (Tschechow war 20 Jahre alt), bei der es viele zufällige Opfer gab, veröffentlichte das Exekutivkomitee von «Narodnaja Wolja» (Volkswillen) eine Proklamation: «Noch einmal erinnern wir ganz Russland daran, dass wir einen bewaffneten Kampf begonnen haben, nachdem wir durch die Regierung selbst dazu gezwungen wurden, durch ihre tyrannische und gewaltsame Unterdrückung aller Aktivitäten zum Wohle des Volkes. Wir erklären Alexander II. noch einmal, dass wir diesen Kampf so lange führen werden, bis er seine Macht zugunsten des Volkes aufgibt, bis er die gesellschaftliche Neuordnung der landesweiten verfassungsgebenden Versammlung überlässt.» Ihr Traum war eine demokratische Gesellschaftsordnung, die Achtung der Menschenrechte und ein Rechtsstaat. Ihr Traum wird der Traum russischer Jungen und Mädchen im 21. Jahrhundert sein.

Die Gesellschaft stand auf der Seite der Terroristen. Die Revolutionäre wurden im Gerichtssaal enthusiastisch begrüsst. Für Tschechow gab es jedoch keinen Zweifel: Sich mit einer Bombe gegen das Böse zu erheben, bedeutete, selbst böse zu werden. Und die Revolution, die Tschechow nicht mehr erlebte, eine ungeheure Katastrophe, von der sich das Land seit mehr als einem

Fortsetzung Seite 24

Jahrhundert noch nicht erholt hat, gab ihm recht.

Die Antwort des Schriftstellers an seine Generation und an alle, die in Russland für das Gute und gegen das Böse kämpfen wollen, ist *Die Geschichte eines unbekannten Mannes*. Tschechow schrieb ein Werk, in dem die Hauptfigur ein Terrorist ist, die Handlung besteht in der Vorbereitung eines Terroranschlags. Ziel des Ich-Erzählers ist es, einen hohen zaristischen Beamten zu eliminieren. Zu diesem Zweck tritt er als Lakai im Haus des Sohnes seines Feindes in den Dienst. Durchdrungen vom Leben der Menschen um ihn herum beginnt er, ihnen zu helfen, rettet das Kind einer Frau in schwierigen Verhältnissen, zeigt menschliche Gefühle gegenüber seinen Feinden. Schliesslich weigert er sich zu töten. Und er weigert sich im Namen eines grossen, schönen Ziels zu opfern. Er beginnt, sein Leben und das Leben seiner Mitmenschen zu sehen und zu schätzen. Das Menschsein, das Mitgefühl für seinen Nächsten, seine eigene Würde sind wichtiger als «Ideen» und die Bereitschaft, den Tod über andere und sich selbst zu bringen.



Heroische Selbstaufopferung im religiösen Wahn statt mühsamer Alltagsbewältigung – das ist es, was Tschechow verabscheute. Weder Christus noch die «russische Idee» noch die Revolution können ein Land retten, das am Rande des Abgrunds steht. Tschechow sah nur eine rettende Brücke in die Zukunft: Zivilisation. Kultur. Erwachen der Menschenwürde. «In Elektrizität und Dampf steckt mehr Liebe zu den Menschen als darin, kein Fleisch zu essen und keinen Widerstand gegen das Böse zu leisten ...», schrieb er nach einem Besuch bei Tolstoi.

Tschechows Rezept besteht nicht darin, sich selbst und andere für eine noch so wunderbare Idee zu opfern, sondern darin, einfach ein anständiger Mensch zu sein und Gärten anzulegen. Er legte Gärten an, gründete Schulen und Bibliotheken, baute Krankenhäuser. Schrecklich fand er das Predigen und die Leidenschaft zur Selbstaufopferung, aber das andere Extrem war nicht weniger schrecklich: der Abstieg in ein sinnloses kleinbürgerliches Dasein. Er hasste gute Menschen, die unfähig waren, Gutes zu tun, denn er erachtete es als unwürdig,

zu leben, ohne bestimmte gute Taten für andere zu tun. Noch mehr irritierte ihn das Gerede über gute Taten, wenn keine wirkliche Aktivität vorlag.

In Melichowo richtete Tschechow für schmutzige, unsaubere Muschiks ein medizinisches Zentrum ein, nahm die Kranken auf und behandelte sie kostenlos. Er baute aus eigenen Mitteln ein Feuerwehrhaus für Bauern und drei Schulen für Bauernkinder. Er sorgte dafür, dass eine Strasse vom Bahnhof zum Dorf gebaut wurde. Er gründete Bibliotheken und kaufte Bücher für sie. Im armen vernachlässigten Melichowo pflanzte er etwa tausend Kirschbäume und bepflanzte kahle Waldflächen mit Tannen, Ahorn, Kiefern und Eichen. Auf einem sonnenverbrannten Grundstück auf der Krim pflanzte er Kirschbäume, Palmen und Zypressen. Tschechow schrieb in sein Notizbuch: «Ein Moslem gräbt für das Heil seiner Seele einen Brunnen. Es wäre gut, wenn jeder von uns eine Schule, einen Brunnen oder etwas Ähnliches hinterlassen würde, damit das Leben nicht spurlos in die Ewigkeit vergeht.»



Tschechow wollte an die Evolution glauben, daran, dass demokratische Strukturen die Macht der Gewalt und der Unwissenheit in der russischen Gesellschaft auf friedliche Weise ersetzen würden. Er war überzeugt, dass Russland ohne Verfassung nicht würde weitermachen können. Je näher er sich dem Tod fühlte, desto mehr wollte er glauben, dass in Russland endlich alles gut werden würde. Seine letzte Erzählung *Die Braut* endet mit einem beschwingten Schlusswort. Die Heldin verlässt ihr Zuhause: «Vor ihr lag ein neues Leben, weit, geräumig, und dieses Leben, noch unklar, voller Geheimnisse, faszinierte und lockte sie. Sie ging nach oben, um Koffer zu packen, und am nächsten Morgen verabschiedete sie sich von ihrer Familie und verliess lebendig und fröhlich die Stadt – wie sie glaubte, für immer.» Das Schlimmste, was der Schriftsteller sich für seine Heldin vorstellen konnte, war die Rückkehr in die Stadt, aus der sie weggehen würde. Doch was das Mädchen wirklich erwartete – ausserhalb des Buches –, lag ausserhalb von Tschechows Vorstellungskraft: Sowohl Tschechows Braut als auch das ganze Land erwarteten unvorstellbarer Hass, Schmerz und Blut.



Russland ist Tschechow nicht gefolgt. Seine Möwe blieb am Theatervorhang hängen und konnte nicht aus der Schlucht entkommen. Nach Tschechows Tod vergingen nur wenige Jahre, und die berühmte Mole von Jalta, wo einst die Dame mit dem Hündchen spazieren ging, wurde zum Schauplatz von Massenhinrichtungen.

Auf wessen Seite wäre Tschechow im Bürgerkrieg gewesen, wenn er nicht so früh gestorben wäre? Wie gut Tschechow sein Land kannte und dessen Zukunft voraussah, lässt sich heute noch nachlesen, wenn er etwa am 27. August 1888 in einem Brief an Alexej Nikolajewitsch Pleschtschejew (1825–1893) schrieb: «Unter der Flagge der Wissenschaft, der Kunst und des unterdrückten Freidenkens werden in Russland solche Kröten und Krokodile herrschen, wie sie selbst Spanien in den Tagen der Inquisition nicht kannte. Ihr werdet sehen!»



Tschechow war ein Patriot der Menschenwürde – eines Landes, das auf keiner Landkarte verzeichnet ist. Seine Helden träumten von einem Leben, das in hundert Jahren kommen würde.

Nabokov beendete seine Vorlesung über Tschechow so: «Im 21. Jahrhundert, wenn Russland hoffentlich ein ruhmreicheres Land sein wird als heute, wird von Gorki nur noch ein Name übrig bleiben, und Tschechow wird so lange leben wie Birkenhaine, Sonnenuntergänge und die Leidenschaft für Kreativität.»

An dem Tag, an dem eine russische Rakete in das Wohnhaus Nr. 134 in der Dobrowolski-Allee in Odessa einschlug, wurde in vielen Theatern in Russland Tschechow aufgeführt. Zehn Menschen starben, darunter drei Kinder. Zwei von ihnen waren noch nicht einmal ein Jahr alt. Die Säuglinge starben mit ihren Müttern. Ihre Bilder, lebendig und tot, sind im Internet zu finden. Als die verstümmelten Leichen unter den Trümmern hervorgeholt wurden, erklangen von der Bühne eines Moskauer Theaters die Worte aus *Onkel Wanja*: «Diejenigen, die hundert, zweihundert Jahre nach uns leben und uns dafür verachten werden, dass wir unser Leben so dumm und geschmacklos gelebt haben – die werden vielleicht einen Weg finden, glücklich zu sein.»

Frachtgut Zinksarg

Lange Zeit schien es klar, dass im russischen Abnutzungskrieg nur eine Seite gewinnen kann: Russland hat fast viermal so viele Einwohnerinnen und Einwohner wie die Ukraine, viel mehr Waffen, und die ohnehin stärkere Rüstungsindustrie läuft auf Hochtouren. Dennoch ist die Offensive bei Charkiw steckengeblieben und auch die Vorstösse an anderen Frontabschnitten sind strategisch unbedeutend. Dabei verliert Russland in grosser Zahl gepanzerte Fahrzeuge und Artillerie. Militärexperten gehen davon aus, dass der Kreml im kommenden Jahr vor ernststen Nachschubproblemen stehen wird.

/ Nikita Sologub, Mediazona /

Bereits jetzt versucht Russland offenbar, seinen Mangel an Material durch mehr Personal auszugleichen: Seit Beginn der Invasion setzen die Kommandierenden vor allem auf Artilleriefeuer und Frontalangriffe, bei denen die eigenen Soldaten als Kanonenfutter verheizt werden. Laut *Mediazona* verzeichnet Russland im ersten Halbjahr 2024 rund ein Drittel seiner Gesamtverluste. Während 2023 im Schnitt etwa 120 russische Militär-angehörige pro Tag fielen, sind es derzeit 200 bis 250 (in den Sommermonaten 2024 bis zu 1200, Red). Die Soldaten, die an vorderster Front ins Feuer geschickt werden, stammen vor allem aus ärmeren Landesteilen abseits der Grossstädte. Wenn sie nicht auf dem Schlachtfeld zurückgelassen werden, kommen ihre Leichen in Zinksärgen nach Hause zu ihren Familien. Wie das abläuft, darüber berichtet ein anonym russischer Offizier dem Medienprojekt *Mediazona*: Drei Monate lang hat er mehr als ein Dutzend Tote nach Hause gebracht, bis in den Fernen Osten.

Zentrum zur Identifizierung der Toten Nummer 522

Ich bin ausgebildeter Militärpsychologe. In meinem Dienst musste ich gefallene Soldaten nach Transbaikalien begleiten. Eigentlich ist es die Regel, dass so etwas nur Leute mit meiner Ausbildung ma-

chen, aber jetzt schicken sie irgendwen dorthin. Meistens sind es einfache Soldaten, manchmal beliebig ausgewählte Offiziere. Der Grund ist der akute Personalmangel. Der Ablauf an sich ist simpel: Die Toten aus der Ukraine werden in die Leichenhalle auf dem Gelände des Militärhospitals in Rostow am Don geliefert, in das Zentrum zur Identifizierung der Toten Nummer 522.

Grob gesagt ist das eine Sortierstation, von der aus die Leichen ins ganze Land gebracht werden. Dort arbeiten Militär-angehörige aus allen Einheiten, die im Krieg sind. Ihre Arbeit ist die Hölle: Sie müssen die Leichen identifizieren und alle Toten aus ihrer Einheit für den Abtransport vorbereiten. Sobald eine Leiche eingeliefert und identifiziert wurde, ruft das Zentrum aus Rostow im jeweiligen Truppenteil an und bestimmt einen Totenbegleiter. Infrage kommen Offiziere und Vertragssoldaten, die gerade verfügbar sind. So war es auch bei mir. Weil ich mich geweigert habe, einen Befehl auszuführen, wussten sie nicht, wohin mit mir. Ich war froh, dass sie mich genommen haben: besser ich als jemand, der überhaupt keine Ahnung hat, was er zu einer Mutter sagen soll, die ihren Sohn beerdigen muss.

Danach läuft es folgendermassen: Die Begleitperson fliegt nach Rostow am Don, fährt ins Zentrum 522, nimmt den gefallenen Soldaten in Empfang, seine Papiere und persönlichen Gegenstände, die seiner Familie überbracht werden müssen, die Sterbeurkunde und die Dokumente, die für das Begräbnis nötig sind, sowie den Tapferkeitsorden. Dann heisst es warten, bis es grünes Licht für die Reise gibt. Wenn es so weit ist, bekommt die Begleitperson eine Einweisung vom Zentrumsleiter. Die Toten werden in eine IL-76 geladen und zum Bestimmungsort geflogen. Wie wir mit den Hinterbliebenen umgehen sollen, wird bei der Einweisung nicht gesagt.

Bei der Ankunft werden die Leichen von der örtlichen Militärverwaltung in Empfang genommen, die den Weitertransport in die Herkunftsorte organisiert. Ist man dort angekommen, übergibt man die Leiche den Angehörigen

und bleibt bis zum Schluss bei ihnen, einschliesslich der Beerdigung. Danach erhält man die Papiere, die für die Kompensationszahlungen nötig sind, sowie einen Sterbe- und Bestattungsnachweis und kehrt in seinen Truppenteil zurück. Von Rostow aus gehen praktisch täglich solche Flüge. Unser Flugzeug war voll belegt: 80 Holzkisten, innen drin Zinksärge mit den Leichen und an den Wänden eng an eng knapp 60 Begleitpersonen, von denen manche bis zum letzten Zielflughafen mitfliegen mussten. Im Normalfall dauert die Reise mehrere Tage, mit Zwischenstopps in verschiedenen Grossstädten. Am Anfang (des Krieges) bekam jeder Tote seine eigene Begleitperson, aber seit es nicht mehr genug Leute gibt und die Verluste steigen, gibt es eine Person für alle Gefallenen aus einer grösseren Stadt oder einem Truppenteil.

Weder angemessene Lagerung noch Kühlung

Das Identifikationszentrum in Rostow am Don ist ein Ort des Grauens. Da ist in erster Linie der Gestank, der mit nichts vergleichbar ist. Obwohl ich im tiefsten Winter dort war, ist er schwer zu vergessen. Ich will mir gar nicht vorstellen, wie es im Sommer zugeht. Das Zweite ist der Umgang mit den Toten: Sie liegen in den riesigen Hangars, in denen sie identifiziert und sortiert werden, einfach auf dem Boden. Ich habe dort einen abgetrennten Kopf auf dem Boden liegen sehen. Das verzerrte Gesicht werde ich nie vergessen. Es gibt weder angemessene Lagerung noch Kühlung, was klar ist angesichts des Zustroms – die Leichenhallen sind nicht für diese Mengen angelegt. Bei den Gefallenen aus meiner Einheit habe ich dann den ganzen Prozess mitangesehen: Den Toten wird eine Uniform angezogen – das machen einfache Soldaten, manchmal sogar Wehrdienstler –, dann werden sie in einen Zinksarg gelegt, geschminkt, damit sie durch das kleine Sichtfenster nicht ganz so schlimm aussehen, dann verschweisst man den Sarg, legt ihn in

Fortsetzung Seite 26



Die Gräber russischer Soldaten auf einem Friedhof in der Stadt Yefremov in der russischen Region Tula (6. April 2023).

Fortsetzung von Seite 25

eine Holzkiste, beschriftet sie und bereitet sie für den Transport vor.

Die ganze Angelegenheit ist auch körperlich Schwerstarbeit, man ist praktisch als Packer angestellt. Angefangen bei der Leichenhalle in Rostow bis zum Heimatdorf des Toten muss man ständig Särge schleppen und hin- und herschieben. Bei der Ankunft muss man selber mit den Angehörigen sprechen. Natürlich ist da vor allem das ungeheure Leid der Mutter. Am schlimmsten ist es, wenn der Tote sehr jung war, 20 bis 25 Jahre. Dann wäre ich am liebsten selbst an seiner Stelle, um nicht mitanzusehen zu müssen, was mit den Eltern passiert, wenn sie ihr totes Kind sehen.

Niemand ist in der Lage, ihren Schmerz zu verstehen

Der eine Satz, den ich als Begleitperson bei der Ankunft sagen muss, lautet ungefähr so: «Sehr geehrte Maria Iwanowna, mein herzliches Beileid angesichts Ihres schweren Verlusts.» Alles andere kann warten. Um die Situation irgendwie erträglicher zu machen, gibt es einfache Regeln. Man sollte immer eine Flasche Wasser und Taschentücher da-

beihaben und sich vorher überlegen, wo sich der oder die Betroffene hinsetzen oder hinlegen kann. Auf keinen Fall darf man einer Mutter, die ihr Kind verloren hat, etwas sagen wie: «Ich verstehe Sie.» Niemand ist in der Lage, ihren Schmerz zu verstehen, solche Worte können eine aggressive Reaktion hervorrufen. Wenn das passiert, darf man nicht darauf eingehen, nichts beweisen oder abstreiten. Man muss einfach zuhören und warten, bis die Emotionen nachlassen.

Ausserdem ist es empfehlenswert, die Angehörigen zu fragen, was sie über die Todesumstände wissen. Wenn ihnen noch keine Details bekannt sind – eine Mutter wird immer fragen, wie ihr Sohn gestorben ist –, sollte man sie damit beruhigen, dass es ein schneller Tod war und ihr Kind nicht leiden musste. Manchen Müttern gibt das etwas Trost. Man darf eine Mutter nie von dem Sarg wegzerren und muss verhindern, dass es die Angehörigen tun. Im ersten Moment sollte man die Tränen und Emotionen fließen lassen, bis sie irgendwann abklingen. Viele machen den Fehler, sie gleich beruhigen zu wollen, sie ziehen sie weg, lassen sie nicht ausweinen. Das ist falsch. Die meisten Begleitpersonen wissen nicht einmal das. Sie wissen

nicht, was sie sagen sollen, also sagen sie einfach nichts. Das kommt alles daher, dass es an geschulten Leuten fehlt und sie jeden X-Beliebigen nehmen.

Ich wurde oft eingesetzt, alle ein oder zwei Wochen. Bei 13 Beerdigungen war ich persönlich dabei. Es gibt auch welche, die noch mehr mitgemacht haben. Der Strom reisst nicht ab. Fast jeden Tag gibt es Ehrenbegräbnisse.

Noch nie so viele Blumen und aufrichtige Tränen gesehen

Am eindrucklichsten ist mir ein Lehrer in Erinnerung geblieben, den ich in ein Dorf namens Bura an der chinesischen Grenze begleiten musste. Er war eingezogen worden und starb an einer Verletzung am Bein, die eigentlich gar nicht lebensgefährlich war. Aber er hat zu viel Blut verloren, weil man das Bein nicht oberhalb der Wunde abgebunden hat, sondern darunter. Dafür wurde niemand zur Rechenschaft gezogen. Er war ein einfacher Lehrer, den man Tausende von Kilometern entfernt weggeholt hat, um Menschen zu töten. Auf dem Land sind die Leute einfach gestrickt: Man sagt ihnen, ihr müsst «gegen Nazis kämpfen», also kämpfen sie gegen Nazis. In diesem gottverlassenen Dorf gab

es keinen, der ihn als Lehrer ersetzen konnte. Dieser Mann war sehr beliebt, das ganze Dorf schätzte ihn. Ich habe noch nie so viele Blumen und aufrichtige Tränen gesehen wie bei seiner Beerdigung.

Dann gab es noch eine Mutter, der ich ihren zweiten Sohn tot zurückbringen musste, nachdem sie schon einen (im Krieg) verloren hatte. Das Dorf hiess Tschara. Der erste Sohn war als Freiwilliger in die Gruppe Wagner eingetreten, der zweite wurde eingezogen, der dritte war noch zu Hause, aber wollte auch bald hingehen. Sie ist zusammengebrochen, war vollkommen hysterisch. Ich habe mir ihre Hasstiraden anhören müssen, auf Putin, auf Schoigu, einfach auf alle. Ich trug eine Uniform, also war ich an allem schuld, ich habe diesen Krieg entfesselt, alle getötet, ihren Sohn getötet – das volle Programm. Sie tat mir sehr leid. Sie wäre mir am liebsten an die Gurgel gegangen, aber durch den Schock war sie wie gelähmt. Sie hatte einen Nervenzusammenbruch und wäre fast ohnmächtig geworden.

Ein anderer harter Moment war, als mehrere Tote aus einer Einheit auf einmal in eine Leichenhalle gebracht wurden. Es kamen viele Verwandte, alle waren völlig am Ende. Zwei der Familien wollten unbedingt die Zinksärge öffnen und die Leichen umbetten. Sie hatten einen Trennschleifer dabei, aber als sie es nicht schafften, baten sie mich um Hilfe. Da habe ich zum ersten Mal einen Zinksarg zersägt, unter den Blicken der trauernden Verwandtschaft. Es war eiskalt, meine Hände waren steif gefroren, und dann war einer der Toten schrecklich zugerichtet. Während wir sie in die Leichenhalle trugen, um sie umzuziehen, weinten alle hysterisch. Einen Zinksarg zu zersägen ist nichts für schwache Nerven.

Ich habe schon das Gefühl, dass viele gegen den Krieg sind

Es gibt verschiedene Gründe, warum die Leute die Särge öffnen wollen. Eigentlich haben Zinksärge ein kleines Fenster, damit man das Gesicht sehen kann. Normalerweise, wenn es keine Kopfverletzung gibt, erkennt man den Toten. Manche Angehörigen wollen ihn einfach noch einmal berühren, sie wollen sich von dem Körper verabschieden. In Transbaikalien werden die Toten traditionell zu Hause im offenen Sarg aufgebahrt. Aber das ist in dem Fall keine gute Idee. Vor allem, wenn es warm ist, liegt die Leiche da und verrottet vor

sich hin. Bei meinen Einsätzen habe ich das eigentlich nie erlaubt. Dazu war ich befugt: Ich konnte entscheiden, ob ein Zinksarg geöffnet wird oder nicht. Wenn man das Gesicht durch das Sichtfenster sehen und den Toten identifizieren kann, dann reicht das. Meistens sind es die Mütter, die ihren Sohn noch einmal sehen wollen, aber sie verstehen nicht, dass da der Geruch ist, und es ist schlicht auch nicht ungefährlich.

Nur einmal habe ich es noch erlaubt. Es war Winter, da konnte man den Sarg einen Tag lang offen stehen lassen. Ausserdem war der Soldat noch nicht lange tot, wir hatten ihn zügig nach Hause gebracht. Alle anderen habe ich in geschlossenen Särgen beerdigt. Bis zur Beisetzung wird der Zinksarg an verschiedenen Orten gelagert, nicht unbedingt im Leichenschauhaus, einfach weil es die nicht überall gibt. In ganz abgelegenen Dörfern werden die Särge manchmal in der Schule aufgebahrt – in der Aula oder sogar in der Kantine. Der Tote steht einfach mitten im Raum, die Menschen kommen und verabschieden sich. Das sind oft kleine, arme Dörfer. Die Leute tun, was sie können.

Ich persönlich habe nie etwas Negatives erlebt, ausser von dieser einen

Mutter, und der habe ich meine Nummer gegeben und versprochen zu helfen, so gut ich kann. Sie hat sich später bei mir gemeldet, wir haben telefoniert, ich habe ihr mit den Papieren geholfen. Alle anderen haben auf mich nicht feindselig reagiert. Die Leute verstehen, dass ich nichts dafür kann, dass nicht ich die Toten umgebracht habe. Wenn ich mit den Menschen rede, habe ich schon das Gefühl, dass viele gegen den Krieg sind. Sie verstehen, dass es völliger Irrsinn ist. Viele haben versucht, ihre Angehörigen davon abzuhalten, aber sie fahren trotzdem und sterben.

Kaum Geld für das Leichenmahl

Zum Leichenschmaus bin ich meistens nicht geblieben. Das ist zu hart, furchtbar. Ich habe alle möglichen Ausreden erfunden, damit ich nicht hinmusste, obwohl man mich eingeladen hat. Das Essen war natürlich gut, aber ich bin meistens vorher abgefahren. Nur wenn man mit einer Eskorte zu einer Ehrenwache muss, hat man Wehrpflichtige dabei, die regelmässig mit Essen versorgt werden müssen. Und wo versorgt man sie? Beim Leichenschmaus. Also muss man bleiben und dabeisitzen.

Das ist ein elender Anblick. Auf dem Land sind alle arm, für ein Begräbnis sammelt das ganze Dorf. Die Gegend ist sowieso schon trostlos, aber jetzt ist sie noch trostloser, weil sie buchstäblich alle Männer von dort wegholen. Burjaten, Jakuten, alle Minderheiten, die in diesem Gebiet leben. Die kommen zuallererst an die Front. Mindestens in zwei der Musterungsbehörden, mit denen ich zu tun hatte, hörte ich, dass sie keine «Mobilisierungsressourcen» mehr hätten. Im Klartext heisst das, dass es in ihren Verwaltungskreisen keine Männer mehr gibt.

Ich habe etwa drei Monate (als Totenbegleiter) gearbeitet. Das ist eine harte Erfahrung. Ich bin wenigstens ein Militär und dafür ausgebildet, ich wusste immerhin, was auf mich zukommt. Aber es ist trotzdem grauenvoll. Erst war es sehr schwer, aber dann habe ich mich daran gewöhnt.



Mediazona ist ein russisches unabhängiges Medienunternehmen, das sich auf antiputinistische Opposition konzentriert und von Maria Aljochina und Nadeschda Tolokonnikowa gegründet wurde, die auch Mitbegründerinnen der Protestgruppe und Band Pussy Riot sind.

Der Zukunftsgipfel der UNO

Am 22. und 23. September 2024 kommen während der 79. Generalversammlung in New York auf Einladung des UNO-Generalsekretärs António Guterres die Staats- und Regierungschefs der Welt zusammen, um nach einem zweijährigen Vorbereitungsprozess unter Federführung der deutschen und kenianischen UNO-Delegationen am «Summit of the Future» über viele relevante Einsatzbereiche der UNO grundlegender und zukunftsgerichteter zu diskutieren und einen «Zukunftspakt» zu verabschieden.

Der Pakt soll die Umsetzung der ins Hintertreffen geratenen UNO-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung beschleunigen sowie die friedenspolitische Agenda («A New Agenda for Peace») neu ausrichten, unter anderem mit einer Reform des Sicherheitsrates. Impulse dazu hat im Jahr zuvor ein Bericht des UNO-Beirats auf hoher Ebene über wirksamen Multilateralismus gegeben (HLAB) unter dem Titel «Ein Durchbruch für die Menschen und den Planeten – Eine wirksame und inklusive internationale Ordnungspolitik für die Gegenwart und die Zukunft». Wir zitieren nachfolgend aus dem 5. Kapitel «Frieden und Prävention – Förderung gerechter und wirksamer kollektiver Sicherheitsvereinbarungen» die ersten beiden Empfehlungen.

Empfehlung 1

Ein Bekenntnis zu unserer kollektiven Sicherheit eingehen

Auf dem Zukunftsgipfel sollte eine Definition der kollektiven Sicherheit angenommen werden, die nicht nur die traditionellen Bedrohungen nach Artikel 2 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen, sondern auch eine grössere Bandbreite an Risiken abdeckt, darunter die dreifache globale Krise, die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und die sich vertiefende sozioökonomische Ungleichheit. Eine solche Definition sollte die mit dem technologischen Fortschritt, einschliesslich künstlicher Intelligenz und Cyberwaffen, verbundenen Risiken benennen.

Zudem sollte klar daraus hervorgehen, dass sich die kollektive Sicherheit ohne eine Auseinandersetzung mit spezifischen Sicherheitsrisiken, denen Frauen und Mädchen weltweit ausgesetzt sind, und ohne eine konstruktivere Einbindung von Frauen in unsere Bemühungen um Prävention und Friedenskonsolidierung nicht erreichen lässt.

Ein Bekenntnis zu kollektiver Sicherheit hätte den wichtigen Effekt, einer Präventionsagenda universelle Geltung zu verschaffen und neben traditionellen Abwehrmassnahmen positive Investitionen in den Frieden anzustossen. Das Konzept der kollektiven Sicherheit kreist nicht ausschliesslich um von Konflikten betroffene, fragile Staaten, sondern beruht auf dem Verständnis, dass alle Staaten eine Rolle bei der Prävention und der Friedenskonsolidierung spielen müssen. In der Tat liesse sich ein allgemeingültiges Paradigma der Prävention und des Friedens in globale Präventionsverpflichtungen ummünzen. Von dieser Definition der kollektiven Sicherheit werden alle nachstehenden Empfehlungen abgeleitet, die das multilaterale System dafür wappnen sollen, Bedrohungen unserer kollektiven Sicherheit besser vorherzusehen, zu verhüten und darauf zu reagieren.

Empfehlung 2

Den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen reformieren und die Kommission für Friedenskonsolidierung stärken

Der derzeitige Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist das augenfälligste Beispiel für das Versagen des multilateralen Systems. Dominiert von einer Handvoll von Staaten und behindert durch geopolitische Polarisierung, hat er sich als unfähig erwiesen, auf erhebliche Risiken für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu reagieren. Ohne eine konstruktive Reform läuft der Sicherheitsrat Gefahr, irrelevant zu werden.

Wir rufen zu erneuten Bemühungen um eine Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen auf. *Mit dem Zukunftsgipfel erhalten wir eine Gele-*

genheit, unser gemeinsames Bekenntnis zur Charta der Vereinten Nationen zu bekräftigen und eine Konferenz zur Überprüfung der Charta mit Schwerpunkt auf der Reform des Sicherheitsrates anzukündigen. Wir legen allen Mitgliedstaaten eindringlich nahe, sich zu den nachstehenden Grundsätzen als Richtschnur für den Reformprozess zu bekennen:

› **Ausgewogenheit:** Der Sicherheitsrat sollte erweitert werden, um den chronisch unterrepräsentierten Regionen, darunter denjenigen mit einer grossen und wachsenden Jugendbevölkerung, ausgewogen Rechnung zu tragen und um sicherzustellen, dass die Auffassungen der von Konflikten betroffenen Regionen konstruktiver in die Entscheidungsprozesse des Rates einbezogen werden.

› **Legitimität:** Die Beschlüsse des Sicherheitsrates sollten nicht der Kontrolle eines einzelnen Staates mit Vetorecht unterliegen, vielmehr müssen Möglichkeiten zur Demokratisierung seines Handelns gefunden werden. Ein wichtiger Aspekt von Legitimität ist ein wirksames, einheitliches Vorgehen, und die Reform sollte darauf abzielen, diese Einheitlichkeit herzustellen.

› **Modernisierung:** Der Sicherheitsrat muss in der Lage sein, sich an neue Trends anzupassen, unter anderem indem er kreative Wege findet, neue geopolitische Realitäten abzubilden, neu auftretende Themen in seine Tagesordnung aufzunehmen und vielfältige Meinungen in seine Beratungen einzubringen.

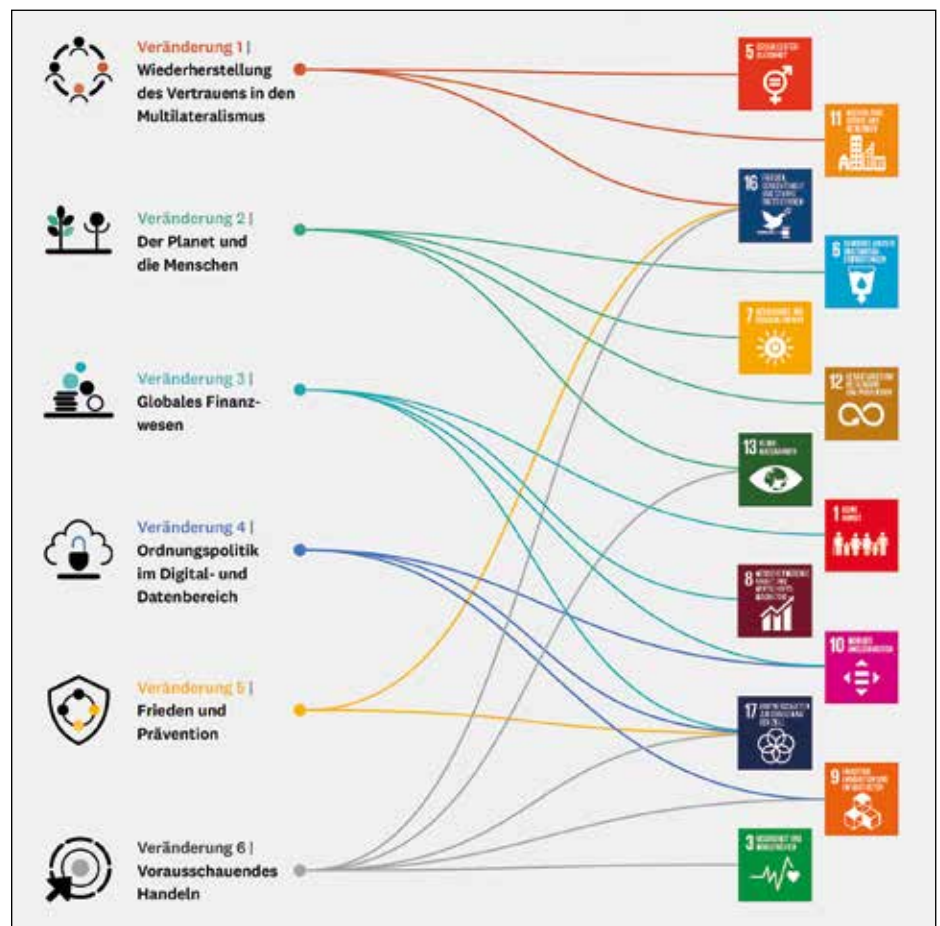
Der Beirat schlägt zwar keine bestimmte Zusammensetzung des Sicherheitsrates vor, ist jedoch der Ansicht, dass *den Grundsätzen der Ausgewogenheit und Legitimität nur durch eine Erhöhung der Zahl der Mitglieder des Sicherheitsrates und eine Reform seiner Entscheidungsprozesse umfassend entsprochen werden kann.* Im Zentrum einer solchen Erweiterung sollte eine stärkere Vertretung unterrepräsentierter Regionen stehen. Zudem sollten Optionen für die Zuweisung von Sitzen an

Regionen statt an bestimmte Länder und für die Verlängerung der Amtszeit nicht-ständiger Mitglieder geprüft werden.

Die ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat bringt enorme Verantwortung für alle Völker und Länder weltweit mit sich. Diese Verantwortung wird missachtet, wenn ständige Mitglieder die Kernarbeit des Sicherheitsrates lähmen. Ein zukunftsorientierter Prozess zur Reform des Sicherheitsrates sollte darauf abzielen, den Gebrauch des Vetos stärker einzuschränken, und andere Ansätze prüfen, um einzelne Staaten daran zu hindern, von einer entscheidenden Mehrheit der Mitglieder befürwortete Massnahmen zu blockieren.

Wir unterstützen nachdrücklich die jüngsten Bemühungen, die Mitglieder des Sicherheitsrates stärker dahingehend in die Pflicht zu nehmen, den Gebrauch des Vetos gegenüber der Generalversammlung zu rechtfertigen, und schlagen vor, dass klarer geregelt werden sollte, wer bei einem Versagen des Sicherheitsrates tätig wird. ***Kann oder will der Sicherheitsrat bei Bedrohungen der internationalen Sicherheit nicht handeln, so sollte die Angelegenheit sofort der Generalversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.*** Die Bemühungen, der Generalversammlung die Befugnis zu erteilen, häufiger und entschiedener gegen Sicherheitsbedrohungen vorzugehen, sollten verstärkt werden. Obwohl die Fähigkeit der Regionalorganisationen, ohne Genehmigung durch den Sicherheitsrat Massnahmen zur Friedensdurchsetzung zu ergreifen, durch Artikel 53 der Charta der Vereinten Nationen eingeschränkt ist, sollten stärkere Anstrengungen unternommen werden, die regionale Ebene entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip zu einer führenden Rolle bei der Konfliktprävention zu befähigen. Die Verbesserung des Präventionsmandats und der Mittelausstattung von Regionalorganen zur verstärkten Umsetzung der Subsidiarität ist die Kernintention des vorgeschlagenen globalen/regionalen Rahmens.

Wenngleich sich langjährige Probleme im Zusammenhang mit Vertretung und Legitimität durch einen Reformprozess des Sicherheitsrates lösen liessen, sollten parallel dazu mehrere Massnahmen ergriffen werden, um die Vereinten Nationen besser dafür zu rüsten, auf ein breiteres Spektrum nichtmilitärischer Bedrohungen unserer kollektiven Sicherheit zu reagieren. Zu diesem Zweck,



schlagen wir vor, das Mandat der Kommission der Vereinten Nationen für Friedenskonsolidierung auszuweiten, damit sie vielfältigere Risiken angehen kann, und ihr grössere Ermittlungs- und Entscheidungsbefugnisse zu verleihen. Insbesondere sollte eine Aufwertung der Kommission formellere Kontakte zu den internationalen Finanzinstitutionen beinhalten und so zu einer Verknüpfung der globalen Finanzströme mit Massnahmen gegen die Grundursachen gewaltsamer Konflikte beitragen. Die Kommission sollte damit beauftragt werden, eine breitere Palette geschlechtsbezogener Sicherheitsprobleme aufzuzeigen und anzugehen, darunter den Zusammenhang zwischen gewalttätiger Frauenfeindlichkeit und gewalttätigem Extremismus. Ihr Mandat sollte sich auch auf die zunehmenden Auswirkungen des Klima- und Umweltwandels auf Sicherheitsrisiken erstrecken.

Zudem könnte ein entsprechend befugtes Friedenskonsolidierungsorgan die Prävention auf regionaler Ebene stärken, indem es die Einrichtung «regionaler Resilienzräte» oder anderer für Prävention

und Friedenskonsolidierung zuständiger Regionalgremien unterstützt. Ein solches Gremium könnte eine neue Generation von Friedenskonsolidierungsmissionen unterstützen, die den Auftrag hätten, wirksamer an den Grundursachen gewaltsamer Konflikte anzusetzen. ***Durch die Ausweitung und Stärkung des Friedenskonsolidierungsmandats der Vereinten Nationen könnte die Kommission für Friedenskonsolidierung in einen Rat für Friedenskonsolidierung umgewandelt werden.***

Live aus New York: Einblicke in den Verhandlungsraum des Zukunftspaktes

Wann: 10. September 2024, 14.30-15.30 Uhr, online. **Mit:** Botschafterin **Pascale Baeriswyl**, Ständige Vertreterin der Schweiz bei den Vereinten Nationen in New York.

Botschafterin Baeriswyl wird live aus New York berichten, wie sich die Verhandlungsdynamiken während den letzten Monaten entwickelt haben und wie sie das Schlussresultat einschätzt.

Bitte anmelden unter: <https://forms.gle/hL9xRmYSGijeUnrr8>. Der Link zum Online-Austausch wird am Freitag, 6. September, an alle angemeldeten Personen verschickt.

Der ganze deutschsprachige Bericht des HLAB «Ein Durchbruch für die Menschen und den Planeten» ist als 92-seitiges PDF herunterzuladen unter: www.auswaertiges-amt.de.

«Sich nicht entmutigen lassen»

Das Festival «hope.fight.love», das die *Neuen Wege* Anfang Oktober 2024 in Zürich durchführen, bildet den Höhepunkt einer Veranstaltungsreihe inklusive Ausstellung, die – ausgehend vom 150. Geburtstag am 30. März – Clara Ragaz-Nadigs (1874–1957) Bedeutung für heute ins Zentrum stellen. Liliane Studer traf sich mit Geneva Moser, seit 2018 Co-Redaktionsleiterin der *Neuen Wege*, um mit ihr über die Beweg- und Hintergründe zum Festival zu sprechen. Besonders interessierte sie die Aktualität von Clara Ragaz heute. Schnell stellte sich dabei heraus, dass die Themen Friedenspolitik, Pazifismus, Geschlechtergerechtigkeit, Soziale Arbeit, Intersektionalität, Migrationspolitik, mit denen sich bereits Clara Ragaz beschäftigt hat (auch wenn sie sie nicht unbedingt so bezeichnet hätte) und um die es am Festival gehen wird, heute viele, auch junge Menschen existenziell umtreiben.

/ Liliane Studer /

In den vergangenen Jahren hat die Zeitschrift *Neue Wege* unter der Redaktionsleitung von Geneva Moser und Matthias Hui eine grosse Veränderung erfahren. Der Untertitel «Zeitschrift des religiösen Sozialismus» heisst neu «Religion. Sozialismus. Kritik», und das Rot, das die Titelseite ab 2007 prägte, musste 2018 einem neutralen Weiss weichen, das unterlegt wird von verschiedenen Farbtönen. Damit sollten nicht zuletzt andere Bevölkerungsgruppen erreicht werden, Jüngere vor allem und Menschen, die sich zwar mit den traditionellen *Neue Wege*-Themen beschäftigen, die sich jedoch nicht mehr zwingend mit der religiös-sozialen Bewegung identifizieren, wie sie insbesondere von Leonhard Ragaz vertreten wurde. Hier genau kommt Clara Ragaz ins Spiel, deren Bedeutung für die Bewegung, für die Zeitschrift, für die Gründung des Schweizerischen Friedensrates lange kaum bis gar nicht erkannt und gewür-

digt wurde (nachzulesen im Buch *Haus Gartenhof in Zürich*).

Hope, fight, love

Geneva Moser hat sich lange und intensiv mit Clara Ragaz beschäftigt. Vor allem im Briefwechsel mit Emma Pieczynska-Reichenbach fand sie wertvolle Informationen über Claras Denken und Handeln, über ihre Überzeugungen und Zweifel, aber auch über ihren Beitrag zu den Werken, die in erster Linie ihrem Mann zugeschrieben werden. Anlässlich ihres 150. Geburtstages 2024 sollte endlich Clara Ragaz-Nadig alleine im Mittelpunkt stehen, mit verschiedenen Veranstaltungen, deren Höhepunkt und Abschluss das Festival «hope.fight.love – 150 Jahre Clara Ragaz» bildet.

Denn, so betont Geneva Moser und ist auch auf der Website der *Neuen Wege* nachzulesen, die Pazifistin und religiöse Sozialistin entwickelte – begründet in einer nicht bürgerlichen christlichen Ethik und eingebunden in ein globales Netzwerk von Aktivistinnen – ihre eigenen Einsatzfelder und Themengebiete: Geschlechtergerechtigkeit, Frieden, Solidarität mit Geflüchteten, Soziale Ar-

beit, Bündnispolitiken zwischen Arbeiterinnen und bürgerlichen Linken sowie Care als Kern jedes Wirtschaftens. Ihr Denken und Wirken hätten auch heute eine hohe Aktualität, ihr dezidiertes Eintreten für Geschlechtergerechtigkeit könne Debatten rund um Geschlecht inspirieren und herausfordern. «Ihre Fähigkeit, Bündnisse und Netzwerke zu bilden, bietet Inspiration für heutige soziale Bewegungen.»

Begabte Netzwerkerin

Um diese Themen soll es denn auch am Festival gehen. Das umfangreiche Programm umfasst Podiumsgespräche, Workshops, ein Konzert, einen Stadtspaziergang, einen Gottesdienst und einiges mehr (das Detailprogramm liegt dieser **FRIEDENSZEITUNG** bei). Geneva Moser, gemeinsam mit Anne-Christine Halter die treibende Kraft hinter der Veranstaltungsreihe und dem Festival, hat sich für Clara Ragaz, für deren Denken und Wirken im Laufe der Vorbereitungen zunehmend begeistert, sie fühlt sich ihr nahe: Beider Wurzeln finden sich in der Theologie, im christlichen Denken und Handeln. Bei Clara erkennt die heute 36-Jährige die grosse Liebe zu

den Menschen, die Hoffnung auf eine mögliche Zukunft. Zentral für das eigene Leben und Denken sei, dass die Ältere trotz aller Hindernisse und Rückschläge die Hoffnung nie aufgegeben habe. «Hope» steht denn auch für eine Zukunft, die umfassend ist und das Noch-nicht-Vorauszusehende mit einbezieht.

«Love» bedeutet die grosse Chance für eine andere Welt und bildet die Grundlage für Solidarität mit Benachteiligten und Zusammenschluss mit Gleichgesinnten. Clara Ragaz war eine begabte Netzwerkerin. Sie erkannte früh, dass sie viel mehr bewirken konnte, wenn sie sich mit anderen zusammentat. Zentral ist, dass es ihr in ihrem Wirken nie um ihre Person ging, es ging um die Sache, um Perspektiven, letztlich um unser aller Zukunft. Gerade hier konnte die Theologie



behilflich sein. Doch in ihrem Verständnis wurde Gott nicht als der Allmächtige verstanden, vielmehr brauchte dieser Gott die Unterstützung des Menschen: Der Mensch muss Gott behilflich sein in seinen Bemühungen um diese Welt.

Gott war ganz klein in Auschwitz

Es ist dieses Gottesverständnis, das auch Geneva Moser in ihrem Denken und Handeln leitet und das Clara Ragaz einmal mit folgenden Worten umschreibt: «Wir müssen ihm bei unserer eigenen Rettung behilflich sein.» Einem ähnlichen Satz begegnet Geneva Moser auch bei Dorothee Sölle (1929–2003): «Gott hat keine anderen Hände als unsere.» Wie ein Mantra trage sie diesen Satz mit sich herum, schreibt Moser.

Im Gespräch erinnert sie daran, dass Sölle durch die Auseinandersetzung mit der Shoah zur Theologie gekommen ist, und sie hält fest, dass Sölles Satz «Gott war ganz klein in Auschwitz» sie ebenso seit Jahren begleite. Auch für sie gelte, dass Gott nicht als allmächtig und gross zu denken ist. Was den Menschen letztlich auch daran hindere, die Verantwortung an diesen Gott abzutreten. Dorothee Sölle entwickelte in der Folge eine Theologie, die in den Aktivismus führte. Es sind solche Gedanken, die Geneva Moser in ihrem Alltag, in der Bildungsarbeit, im Schreiben und in Gesprächen inspirieren und ermutigen.

Die Mehrfachbelastung der Frauen

In der Mitte steht «fight», das Wort, das bei Clara Ragaz immer wieder vorkommt und durchaus Irritation auslösen kann. Nicht zuletzt widerspricht der Begriff ihrer pazifistischen Grundhaltung. Doch gleichzeitig ist klar, dass gewisse Lebensrealitäten ein Kampf sind, insbesondere jene, die sie im Blick hatte: der Alltag von Heimarbeiterinnen, von armutsbetroffenen Frauen, aber auch der persönliche Kampf im privaten Haushalt in der heterosexuellen Ehe. Diesen Kampf kannte auch Clara Ragaz, wie im Buch *Haus Gartenhof* nachzulesen ist: «(Clara Ragaz) hielt ihrem Mann den Rücken frei, indem sie für ihn einen privaten Dienstleistungsbetrieb organisierte.»

Geneva Moser erwähnt Briefe zwischen Clara und Leonhard, in denen der Ehemann seine Frau um Haushaltsdinge – gebügelte Hemden, Krägen usw. – bittet, ganz selbstverständlich scheint sie für diese Arbeiten zuständig zu sein. Sie vermutet denn auch, dass die Erschöpfung, von denen in den Briefen immer

wieder die Rede ist, mit dieser Mehrfachbelastung von politischem Engagement, Berufstätigkeit, Kindererziehung und Haushaltspflichten zu erklären ist. Dass Frauen andere Lebensformen wählten, wohl auch deshalb, um den klassischen Rollenverteilungen zu entgehen, sah Clara bei mehreren ihrer Freundinnen, die mit einer Frau zusammenlebten.

Weiter erlebte auch Clara, was so vielen Frauen, die mit berühmten Männern verheiratet waren, widerfuhr: dass ihre Verdienste wenig wahrgenommen oder gänzlich verschwiegen oder einfach dem Mann zugeordnet wurden. Geneva Moser erwähnt, dass einige Meriten des grossen Theologen Ragaz zumindest teilweise Clara zuzuschreiben seien. Sie verweist auf die Filmemacherin Tula Roy, die einen Brief Claras an Leonhard zitierte, in dem sie davon erzählte, wie sie ein Manifest von niemand Geringerem als Leo Trotzki ins Deutsche übersetzt hatte. In der Autobiografie Leonhards ist er es dann plötzlich selbst, der diese Übersetzung geleistet hatte ...

Gott war ganz klein in Auschwitz

Seit mehreren Jahren gehen Verein, Vorstand und Redaktion *Neue Wege* selbst neue Wege. Beide Gremien sind gut durchmischt, und – was entscheidend sein dürfte – Vorstands- und Redaktionsmitglieder brennen für das, was sie tun. Nicht die Antworten interessieren, sondern es geht darum, Fragen zu stellen, die die Menschen heute beschäftigen, umtreiben, verunsichern, sowie Impulse zu geben, nachzudenken, Altes neu zu denken, in Bewegung zu bleiben. So werden Themenhefte zusammengestellt, begleitet werden sie von Veranstaltungen, die Menschen miteinander ins Gespräch bringen, eines selbstverständlich auch zu «150 Jahre Clara Ragaz»: Mit der Nummer Januar/Februar 2024 – so die Redaktion im Editorial – «möchten wir das Interesse an Clara Ragaz-Nadig (neu) wecken. Ihr Hoffen, Kämpfen und Lieben inspiriert bis heute dazu, sich in katastrophalen Zeiten nicht entmutigen zu lassen.»

Verwendete Quellen und Literatur:

– Boesch Ina, Brassel Ruedi, Eppel Ruedi, Weishaupt Peter: **Haus Gartenhof in Zürich**. Raum für vernetzte Friedensarbeit. Chronos Verlag, Zürich 2019 (zu beziehen beim Schweizerischen Friedensrat, info@friedensrat.ch oder in jeder Buchhandlung).
– Neue Wege, 1.2024, www.neuewege.ch.



Weiterhin erhältlich: Das Buch zum Wirken von Clara Ragaz in Zürich

1938: Ganz Zürich bleibt nachts verdunkelt, um Fliegerbomben kein Ziel zu liefern. Eine Luftschutzübung des Militärs bereitet auf den Krieg in Europa vor. Nur ein Haus im Arbeiterquartier Zürichs sticht aus der Dunkelheit heraus. Die Liegenschaft des religiös-sozialen Theologen Leonhard Ragaz und seiner Frau Clara bleibt hell beleuchtet – aus Protest gegen die passive Einstimmung auf den Krieg. Der Zürcher Gartenhof bildete von den Zwischenkriegs- bis in die Nachkriegsjahre das Zentrum schweizerischer Friedensaktivitäten.

Das Haus in Zürich-Aussersihl an der Gartenhofstrasse 7 war ein Knotenpunkt in einem dichten Netzwerk sozialer Bewegungen mit lokaler, regionaler und internationaler Ausstrahlung. Der Gartenhof war einerseits Teil der internationalen Settlementbewegung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch die Schweiz erreichte. Durch Sozial-, Bildungs- und Nachbarschaftsarbeit sollte die Lage der arbeitenden Bevölkerung verbessert werden. Andererseits entwickelte sich der Gartenhof nach dem Ersten Weltkrieg zu einem radikalpazifistischen Zentrum. Prägend wirkte Clara Ragaz-Nadig, die im Frühjahr 1919 zusammen mit der späteren amerikanischen Nobelpreisträgerin Jane Addams eine grosse Frauenfriedenskonferenz auf neutralem Boden in Zürich organisierte. Schliesslich dokumentieren die Autoren die Fluchthilfe der Auskunftsstelle für Flüchtlinge in den Jahren vor und während des Zweiten Weltkrieges, die ebenfalls vom Gartenhof aus tätig war.

